PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr. 29 1. Februar 1965 Einzelpreis S 3,-

WER SIND DIE SPALTER ?

Genosse Armin Freudmann hat uns eine Abschrift des Schreibens zur Verfügung gestellt, das er kürzlich an die Wiener Schiedskommission der KPÖ gerichtet hat und in dem er seinen Einspruch gegen den Versuch, ihn aus der Partei auszuschließen, begründet. Wir veröffentlichen den Text dieses bedeutsamen Briefes im vollen Wortlaut, da seine Argumentation weit über den konkreten Anlaß hinaus von Bedeutung ist.

DIE REDAKTION

An die Wiener Schiedskommission der KPÖ

Werte Genossen!

Zu meinem mit Schreiben vom 18.11.d.J. erhobenen Einspruch gegen den von einer Minderheit der Mitglieder meiner BO am 9.6.d.J. beschlossenen Antrag, mich aus der Partei auszuschließen, übersende ich Euch nun innerhalb der von Euch gestellten Frist die

BEGRÜNDUNG

Ich erhebe gegen einen Ausschluß aus folgenden Gründen Einspruch:

1.) Die Mitgliederversammlung vom 9.6.1964 war nicht berechtigt, über einen Ausschlußantrag gegen mich zu beschließen, weil diese Frage garnicht auf der Tagesordnung vorgesehen war. Die Einladung zur Mitgliederversammlung gab als Thema nur folgende zwei Punkte an: "Einige aktuelle politische Fragen" - "Arbeiterkammerwahl September 1964". Nicht einmal ein Punkt "Allfälliges" war vorgesehen.

2.) Durch diese irreführende Abfassung der Einladung wurde einem sehr beträchtlichen Teil der Mitgliederschaft der wahre Zweck der Mit-

Aus dem Inhalt:

gliederversammlung absichtlich verheimlicht und so eine der Verfälschung des Willens der Mehrheit dienliche Minderheit organisiert, die ihren Willen fälschlicherweise als Mehrheitswillen ausgab.

3.) Diese Tatsache wird dadurch bestätigt, daß eine größere Anzahl von Mitgliedern als jene, die am 9.6. für den Ausschlußantrag gestimmt hat, eine diesen Antrag a b l e h n e n d e Erklärung unterschrieben hat.

4.) Die in der Begründung des Ausschlußantrages aufgestellten Behauptungen, die "Rote Fahne", deren Redaktionskomitee ich angehöre, sei fraktionistisch und parteifeindlich, entspricht nicht den Tatsachen, die das genaue Gegenteil beweisen. Hiezu sind folgende Feststellungen notwendig:

DIE "ROTE FAHNE" IST NICHT FRAKTIONISTISCH !

Wenn sie das wäre, dann müßte sie der Aufgabe dienen, klassenfremdes, mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus u n v e r e i n b a r e s Gedankengut in die Partei hineinzutragen, um die Partei von der richtigen, revolutionären Linie abzubringen.

Denn nur Gruppenbildung zur Verfolgung s o l c h e r Ziele wurde bisher in kommunistischen Parteien als fraktionistische Tätigkeit gekennzeichnet und mit Recht bekämpft.

Tatsächlich hat sich in der Partei eine Gruppe gebildet, die solche Ziele verfolgt. Aber diese Gruppe ist nicht in der Redaktion der "Roten Fahne", sondern in der P a r t e i f ü h r u n g zu finden!

Diese Gruppe hat nachweisbar seit mindestens eineinhalb Jahren das ganze Zentralkomitee und alle maßgeblichen Leitungen b e v o r m u n d e t und b e h e r r s c h t und unter heuchlerischer Berufung auf die "Einheit der Partei" zu "Zustimmungserklärungen" für u n m a r x i s t i s c h e "neue" Theorien und selbstherrlich gefaßte Beschlüsse genötigt.

Diese Gruppe hat, Chruschtschows verfehlte Politik vorbehaltslos unterstützend und nachahmend, über die gesamte Parteipresse eine lückenlose Z e n s u r verhängt, um eine wahrheitsgetreue und allseitige Information der Mitglieder zu verhindern. Sie unterband die Veröffentlichung der nicht in ihr Konzept passenden Meldungen, politischen Dokumente und Stellungnahmen anderer kommunistischer Parteien und gab solche höchstens in verstümmelter, verzerrter oder verfälschter Form wieder. Sie lehnte den Abdruck schriftlicher Diskussionsbeiträge, in denen die Grundsätze des Marxismus-Leninismus gegen die Angriffe des modernen Revisionismus verteidigt wurden, ab, und ließ nur die ihr genehmen s c h e i n k r i t i s c h e n Beiträge zu. So versuchte und versucht sie, es den Mitgliedern unmöglich zu machen, sich auf Grund allseitiger und wahrheitsgetreuer Informationen sowie einer echten Parteidiskussion eine eigene und richtige Meinung zu bilden. Sie mißbraucht auch den Parteiapparat, den sie ebenfalls ganz in den Dienst der Unterdrückung einer freien innerparteilichen Meinungsbildung gestellt hat, dazu, um gegen alle Genossen, die an Chruschtschows und ihrer eigenen Politik ehrliche, echte - und wie Chruschtschows Sturz bewies - berechtigte Kritik üben, a d m i n i s t r a t i v e Maßnahmen zu ergreifen. Sie schreckte auch nicht davor zurück, den A u s s c h l u ß langjähriger Mitglieder und aktiver Funktionäre zu erzwingen.

Diese Gruppe in der Parteiführung hat in wohlorganisierter Form und leider mit Erfolg versucht, die Partei schrittweise von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus l o s z u l ö s e n , revisionistisches, sozialdemokratisches Gedankengut in sie einzuschleppen, und der Partei eine u n k o m m u n i s t i s c h e Politik aufzuzwingen, die sie immer mehr zu einem Anhängsel der SP machen muß. G e n a u d a s i s t F r a k t i o n i s m u s !

Unter diesen Umständen war die Schaffung eines eigenen Organs zur Verteidigung der marxistisch-leninistischen Grundsätze und zur Verbreitung der wichtigsten von der Parteiführung unterdrückten Informationen e i n e u n u m g ä n g l i c h e N o t w e n d i g k e i t im Interesse der Partei. Die "Rote Fahne" hat damit jene Funktionen eines Parteiorganes übernommen, die von der übrigen Parteipresse auf Befehl der Parteiführung nicht mehr ausgeübt werden dürfen.

Gerade der notwendig gewordene Sturz Chruschtschows beweist, w e r recht hatte: nicht die offizielle Parteipresse, die sogar "Chruschtschows ausgestreckten Zeigefinger" verherrlichte, sondern die "Rote Fahne", die die unter Chruschtschows Anleitung um sich greifenden Entartungserscheinungen in unserer Partei und in der Weltbewegung enthüllte und bekämpfte und das auch weiterhin tun wird, solange es notwendig ist.

Ferner stelle ich fest:

DIE "ROTE FAHNE" IST NICHT PARTEIFEINDLICH !

Wenn sie das wäre, müßte sie in politischer Hinsicht versuchen, klassenfremdes, mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus unvereinbares Gedankengut zu verbreiten - also genau das, was die unter dem Diktat der Parteiführung stehende übrige Parteipresse tut.

Wenn die "Rote Fahne" parteifeindlich wäre, müßte sie in organisatori-

Achtung! Achtung!

Anläßlich des heurigen 31. Jahrestages der Februarkämpfe 1934 veranstaltet die Redaktion der "ROTEN FAHNE" eine

GEDENKVERSAMMLUNG

bei der Genosse Franz S t r o b l zum Thema

DIE LEHREN DES 12. FEBRUAR 1934

sprechen wird. Die Veranstaltung findet am Freitag, den 12. Februar 1965 um 19.oo Uhr im Hotel-Restaurant Johann S i t l e r , Wien 14., Linzerstraße 105 (gegenüber Haltestelle Missindorfgasse der Straßenbahnlinie 52) statt.

Leser der "ROTEN FAHNE", die an der Versammlung teilnehmen wollen, bitten wir um einen telefonischen Anruf unter der Nummer 92-10-672 bzw. um schriftliche Verständigung, damit wir ihnen eine Einladung zusenden können. Aus versammlungsrechtlichen Gründen ist zur Teilnahme eine persönliche Einladung erforderlich.

scher Hinsicht versuchen, die Partei zu schwächen. Dann müßte sie die Mitglieder und Aktivisten auffordern, ihre Aktivität einzustellen oder aus der Partei auszutreten, und die Wähler aufrufen, nicht mehr für die Parteilisten zu stimmen. Genau das Gegenteil hat die "Rote Fahne" getan.

Sie hat nicht wenige wegen der politischen Entartung der Parteiführung verzweifelte Genossen mit Erfolg von solchen Schritten abgehalten und ihnen klargemacht, daß der bedauerliche Zustand, in welchen die Partei durch die desorientierende Tätigkeit der Parteiführung versetzt wurde, im Gegenteil erhöhte Aktivität in kommunistischem Geist erfordert. Sie hat einer großen Anzahl von der Parteiführung irregeleiteter Genossen klarzumachen verstanden, daß sie trotz ihrer nur zu berechtigten Kritik die Partei nicht mit der revisionistischen Parteiführung gleichsetzen dürfen, und sie zur Stimmabgabe für die Parteilisten veranlaßt. Ohne diese verantwortungsbewußte Haltung der "Roten Fahne" hätte die Partei bekanntlich in Wien nicht nur ein, sondern alle drei Mandate verloren - denn allein die Mitglieder des Redaktionskomitees haben ein Vielfaches der kritischen elf Stimmen zur Rettung der wichtigsten parlamentarischen Position der Partei beigesteuert.

Allerdings - die "Rote Fahne" bekämpft die Haltung der Parteiführung, die bisher in ihrer Gänze dem Druck der revisionistischen Gruppe an der Spitze widerstandslos nachgegeben hat. Das mußte und muß aber gerade im Interesse der Partei geschehen, solange nicht jene Veränderungen erfolgen, deren Notwendigkeit Chruschtschows Sturz neuerlich deutlich bewiesen hat. Sie bekämpft die schädliche Haltung der Parteiführung - nicht die Partei, denn sie lehnt die überhebliche Einstellung der Parteiführung "Die Partei - das sind wir" ab und vertritt den einzig richtigen, den Leninschen Normen entsprechenden Standpunkt: "Die Partei - das sind die im Geiste des Marxismus-Leninismus für den Sieg des Sozialismus kämpfenden Kommunisten!"

Aber aus der Einstellung der Parteiführung "Die Partei - das sind wir" erklärt sich ihr Verhalten gegenüber allen Mitgliedern, die sich ihre Meinung und ihren Willen nicht einfach diktieren lassen, die sich nicht mit innerparteilicher Scheindemokratie nach dem Muster der bürgerlichen Demokratie abspeisen lassen wollen.

Diese Einstellung erklärt es auch, daß die Parteiführung aus Chruschtschows Sturz nicht die geringsten Konsequenzen gezogen, kein Wort der Selbstkritik gefunden, mit dem Administrieren nicht Schluß gemacht hat, sondern ganz im Gegenteil durch Verschärfung ihrer Repressivmaßnahmen ihre durch den Sturz Chruschtschows erschütterte Stellung zu festigen versucht.

Das erklärt auch die Eile, mit der man jetzt versucht, die sechs Monate lang angeblich nur "vergessene" Durchführung meines Ausschlusses zu betreiben. Dabei dient aber meine Zugehörigkeit zur Redaktion der "Roten Fahne" nur als Vorwand. Denn allein in Steyr wurden in den letzten Wochen fünf verdiente Funktionäre, die nicht der Re-



LENIN

Vor 41 Jahren, am 21.1.1924 um 18,54 Uhr starb Genosse Lenin. Die folgende kleine Begebenheit sagt mehr über ihn als manche lange Abhandlung:

Auf dem 1. Allrussischen Sowjetkongreß im Juni 1917 sprach Zereteli, der Führer der Menschewiki, davon, daß ohne ein Bündnis der verschiedenen, auch bürgerlichen Parteien, keine Regierung möglich sei. Es gebe keine einzige Partei in Rußland, die imstande und bereit sei, die ganze Macht allein zu übernehmen.

Da peitscht ein Zwischenruf durch den Saal: "Doch! Es gibt eine solche Partei!"

Es war Lenin. Seine Worte schlugen ein wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

daktion der "Roten Fahne" angehören, aber deren marxistisch-leninistischen Standpunkt vertreten, aus der Partei ausgeschlossen.

So wurde die Chance, aus dem Sturz Chruschtschows die richtigen Lehren zu ziehen und durch eine ehrliche, wirklich demokratische Parteidiskussion den Weg zur Wiederherstellung der ideologischen Einheit der Partei zu beschreiten, nicht nur nicht genützt, sondern im Gegenteil ein Weg eingeschlagen, der noch mehr und noch tiefere Spaltung in die Partei bringt. So erbringt die Parteiführung unfreiwillig den Beweis für die Richtigkeit der Lehre Lenins, daß es immer nur die Revisionisten sind, die die Schuld an der Spaltung tragen.

Die Bestätigung des Ausschlußantrages gegen mich wäre ein weiterer Schritt auf dem verhängnisvollen Weg der Spaltung. Auch viele Genossen, die im ideologischen Meinungsstreit noch keine bestimmte Position bezogen haben, spüren das und lehnen deshalb meinen Ausschluß ab. Sie haben ihrer Meinung durch ihre Unterschrift unter eine an alle zuständigen Parteileitungen gerichtete Erklärung Ausdruck gegeben, die ich Euch hiemit zur Kenntnis bringe:

"Die politische Entwicklung der letzten Zeit erfüllt alle Kommunisten mit Hoffnung auf eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten in der Weltbewegung. Das verpflichtet auch uns österreichische Kommunisten, zur Erreichung dieses Ziels einen Beitrag zu leisten. - Wir unterzeichneten Mitglieder der BO ÖMV-Zentralwerkstätte glauben, daß Ausschlüsse oder Maßregelungen von Genossen, die mit der bisherigen politischen Linie der Partei nicht einverstanden waren oder sind, nicht der richtige Weg zur Wiederherstellung der Einheit sind.

Deshalb erklären wir mit unserer Unterschrift:

Wir halten den am 9. Juni von 16 Mitgliedern - also von einer verschwindenden Minderheit - unserer Betriebsorganisation beschlossenen Ausschlußantrag gegen den Genossen Armin Freudmann für übereilt und überholt.

Wir wären mit einem Ausschluß des Genossen Freudmann aus der Partei nicht einverstanden und fordern alle zuständigen Parteileitungen auf, unserem Standpunkt Rechnung zu tragen."

DIESE ERKLÄRUNG WURDE VON MEHR GENOSSEN UNTERZEICHNET ALS FÜR DEN AUSSCHLUSSANTRAG GESTIMMT HATTEN!

Ich hoffe, daß die Schiedskommission sich von diesem Appell, nicht noch mehr und neue Spaltung in die Partei zu tragen, bewegen läßt, kühl und verantwortungsbewußt zu überlegen, daß man mit administrativen Maßnahmen der politischen Diskussion und den Konsequenzen, die die politische Realität erfordert, auf die Dauer nicht ausweichen kann, und daß jeder Versuch, das dennoch zu tun, nur die Position derjenigen verschlechtern kann, die sich solcher Methoden bedienen.

Nach dem bisher Gesagten wird es Euch klar sein, daß ich Eurer ultimativen Aufforderung, Euch bis längstens 22.Dezember meinen Austritt aus dem Redaktionskomitee der "Roten Fahne" bekanntzugeben, nicht entsprechen kann. Ich muß Euch vielmehr ersuchen, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich die Mitarbeit in diesem Komitee unter den gegenwärtigen Umständen als die einzige Möglichkeit betrachte, für die Wiedergesundung unserer vom Revisionismus in höchst besorgniserregendem Grad angekränkelten Partei einen Beitrag zu leisten.

Deshalb muß ich auch Eure Ansicht, die Zugehörigkeit zum Redaktionskomitee der "Roten Fahne" sei mit der Parteimitgliedschaft unvereinbar, zurückweisen. Ich glaube vielmehr, daß man heute die Frage untersuchen müßte, ob die Zugehörigkeit zum Redaktionskomitee von "Weg und Ziel" noch mit der Parteimitgliedschaft vereinbar ist, nachdem in dieser Zeitschrift in immer unverhüllterer Form Theorien entwickelt werden, die nur als mit scheinmarxistischen und pseudoleninistischen Phrasen verbrämter Antimarxismus und Antileninismus zu qualifizieren sind.

Solange gegen die Verbreiter solcher neo-sozialdemokratischer Theorien kein Parteiverfahren eingeleitet wird, habt Ihr nichteinmal ein formales Recht, gegen ein Redaktionsmitglied der "Roten Fahne", die die Grundsätze des Marxismus-Leninismus (um derentwillen unsere Partei im Kampf gegen den Sozialdemokratismus gegründet wurde) gegen den modernen Sozialdemokratismus verteidigt, ein Parteiverfahren auch nur anzudrohen, geschweige denn durchzuführen.

Es versteht sich daher von selbst, daß ich eine eventuelle Bestätigung des Ausschlußantrages der Minderheit meiner BO wegen meiner Zugehörigkeit zur Redaktion der "Roten Fahne" als den Grundprinzipien einer kommunistischen Partei widersprechend und zuwiderhandelnd ansehen müßte.

Ich hoffe, daß auch Ihr Euch nicht der Erkenntnis verschließen könnt, daß in dieser Zeit der harten Auseinandersetzung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus die Vertretung ihres Standpunktes kein Monopol der Revisionisten sein kann, wenn es schon traurig genug ist, daß sie überhaupt ihren Standpunkt in der Parteipresse vertreten können.

Ich hoffe auch, daß Ihr Euch der ganzen Schwere der Verantwortung, die Ihr mit Eurer Entscheidung auf Euch nehmt, bewußt sein und den Euch zur Bestätigung vorgelegten Ausschlußantrag zurückweisen werdet.

Mit kommunistischem Kampfgruß ARMIN FREUDMANN

AUS DER BÜRGERLICHEN PRESSE VOM FEBRUAR 1934



An das Volk

Oesterreicher! Männer und Frauen! In einer entscheidenden Stunde rufen wir euch auf. In einer Stunde, in der wir im härtesten Kampf um die Freiheit unseres Vaterlandes stehen, haben sich sozialistisch-kommunistische Verbrecher gegen die staatliche Autorität erhoben, Blutvergießen verschuldet und mit einem Generalstreik die Wirtschaft bedroht. Die Bundesregierung ist des Erfolges gewiß. Der Erfolg wird um so rascher eintreten, je mehr die vaterländische Bevölkerung durch Ruhe und Beruhigung uns die Erfüllung einer harten Pflicht erleichte

Oesterreich über alles!

Die Bundesregierung.

Standrecht

Februar 1934

Sozialdemokratische Mandate erloschen

Auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, RGBl. Nr. 307, wird zur Abwehr der mit einer Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verbundenen wirtschaftlichen Gefahren verordnet:

§ 1. Der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs wird jede Betätigung verboten. Die bestehenden Organisationen dieser Partei sind aufgelöst, die Bildung neuer solcher Organisationen ist verboten. Es ist jedermann untersagt, sich auch außerhalb dieser Organisation irgendwie für diese Partei zu betätigen. Das Tragen von Abzeichen dieser Partei ist untersagt.

§ 2. Die Ausübung eines Mandates im Sinne der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs gilt als Betätigung für die Sozialdemokratische Partei und unterliegt dem Verbot des § 1.

Seiler und Kastinger zum Tode verurteilt

Starhemberg befreit Steyr

Seht ihr! Diese geilen Drohnen
gaben euch — die blauen Bohnen!!
Brüder, seht ihr endlich klar,
wer da Freund und Feind euch war?!
Heimatschützer Klarheit brachten,
Heimatschützer, die euch achten,
reichen euch die Bruderhand,
bauen euch ein Vaterland!
Einig wird es uns gelingen,
Brot und Freiheit zu erringen —
nun ans Werk nach Not und Pein!
Einig laßt uns, Brüder, sein!

Todesurteil an Bulgari vollstreckt

Das Ende des roten Wien

Zwei Todesurteile

Josef Bangl, Josef Fidra,

Sieben Todesurteile

Der Heimatschutz wird weiter bauen!
In Kameradschaft und Vertrauen
laßt alle uns zur Arbeit geh'n
und brüderlich zusammensteh'n,
im Waffenrock, im Werksgewande —
ganz gleich — es gilt dem Vaterlande!

Ludwig Tuma und Anton Pribil

zum Tode verurteilt

Bulgari, Gschwandtner und Schwinghammer zum Tode verurteilt

Dollfuß-Ehrungen

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Mariazell hat den Hauptplatz in Mariazell in Dr.-Engelbert-Dollfuß-Platz umbenannt.

Karl Swoboda zum Tode verurteilt

verurteilt. Das Urteil wurde bereits vollzogen. Gleichzeitig wurde der Kommandant der Feuerwache, Ing. Georg Weißel, zum Tode durch den Strang verurteilt."

Jede Armee sieht ihre Hauptaufgabe in der Verteidigungspflicht gegen außen. Der Kampf gegen verführte und verirrte Volksgenossen, wie ihn unsere bewaffnete Macht in den letzten Tagen zu führen hatte, drückt schwer auf jedes ehrlichen Soldaten Seele. Aber auch diese Pflicht muß erfüllt werden, wenn es der Dienst am Vaterlande fordert.

Urteil vollzogen

St. Pölten, 16. Februar. Das Todesurteil an Viktor Rauchenberger wurde um 20,20 Uhr, an Johann Hoys um 21,31 vollstreckt.

Nun ist die Bahn frei!

Alles strömt zum Heimatschutz

Der tolle Fasching ist vergangen,

Dank der Regierung an die Exekutive

Dank

Der Anteil der Wehrmacht

Der Bundespräsident als Oberbefehlshaber des Bundesheeres würdigt in einem Tagesbefehl die Leistungen der bewaffneten Macht. In dem Befehl heißt es unter anderem: Die blutige Revolte irregeleiteter und verhetzter Menschen ist niedergeschlagen. Unabsehbares Unglück wurde durch das opferfreudige und mutige Eingreifen der bewaffneten Macht, der Polizei, der Gendarmerie und der freiwilligen Wehrformationen von unserem Vaterland abgewendet. Getreu der ruhmreichen Überliefe-

Eine Kundgebung der Industrie

In der Präsidialkonferenz des Hauptverbandes der Industrie Österreichs vom 22. Februar 1934 wurde folgende Kundgebung beschlossen:

Die Industrie Österreichs zollt der Regierung und allen, die unter ihrer Führung gewirkt, gestritten und gelitten haben, Bewunderung und Dank dafür, daß ein von den Gegnern aufgezwungener Kampf im Sinne von Recht und Ordnung durchgefochten und die Heimat aus einer frevelhaft heraufbeschworenen Gefahr errettet wurde. Nicht die

Auf dem Nationalen Volkskongreß

Ministerpräsident Tschou En-lai berichtet über die Tätigkeit der Regierung

Während die bürgerliche Presse das bedeutsame Referat des Genossen Tschou En Lai vor dem Nationalen Volkskongreß in Peking nur in völlig verzerrter und empörend verfälschter Form darstellte, hat das Zentralorgan der KPÖ, die "Volksstimme", diesem überaus wichtigen und informativen Bericht weniger Beachtung geschenkt als etwa der heuchlerischen Neujahrsbotschaft des Papstes.

Wir bringen im folgenden einige interessante Auszüge aus der Rede Tschou En Lais. Eine wesentlich ausführlichere Wiedergabe der Rede findet sich in der Nummer 1/65 der seit einigen Monaten in deutscher Sprache erscheinenden Zeitschrift "PEKING RUNDSCHAU", derer auch wir uns bedienen.

Auf die Erfolge der Volkswirtschaft eingehend, stellte Ministerpräsident Tschou En-lai fest: Nach der gewaltigen Erweiterung von 1958 bis 1960 trat die Volkswirtschaft unseres Landes im Jahre 1961 in eine Periode der Regulierung, Festigung, Vervollkommnung und Erhöhung ein. Heute ist die Aufgabe der Regulierung der Volkswirtschaft im wesentlichen erfüllt und die industrielle und landwirtschaftliche Produktion nahm einen allseitigen Aufschwung; und die gesamte Volkswirtschaft hat sich gebessert und tritt in eine neue Entwicklungsperiode.

Bei der gewaltigen Erweiterung, die unsere Volkswirtschaft vor wenigen Jahren nahm, sind wir, so führte Ministerpräsident Tschou En-lai weiter aus, auf ziemlich ernste Schwierigkeiten gestoßen. Die schweren Naturkatastrophen, die uns in den drei Jahren von 1959 bis 1961 heimsuchten, brachten der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft ungeheure Schwierigkeiten. Auch in unserer praktischen Arbeit traten einige Mängel und Fehler auf. Als Chruschtschow 1960 plötzlich wortbrüchig wurde, mehrere hundert Abkommen und Kontrakte zerriß, die sowjetischen Spezialisten zurückrief und die Lieferung von wichtigen Anlagen einstellte, wurden unsere ursprünglichen Pläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft ernstlich gestört und unsere Schwierigkeiten beträchtlich vergrößert.

Das große chinesische Volk ließ sich jedoch durch diese ernsten Schwierigkeiten nicht entmutigen. In den letzten vier Jahren schloß sich unser Volk unter Führung der Partei eng zusammen, führte einen harten Kampf, vertraute auf die eigenen Kräfte, strebte mit aller Entschlossenheit nach einem **blühenden mächtigen Vaterland, festigte die Erfolge, die in den drei Jahren der großen Erweiterung errungen wurden, berichtigte die Mängel und Fehler in der praktischen Arbeit, überwand eine Schwierigkeit nach der anderen, vervollkommnete das System der Volkskommunen, machte einen neuen Sprung nach vorn hinsichtlich der Qualität und des Sortiments der industriellen Produkte und erfüllte in einer relativ kurzen Zeitspanne die gewaltigen Aufgaben der Regulierung der Volkswirtschaft — das alles schuf eine gute Grundlage für eine zukünftige neue Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande.**

Von den wichtigsten vier Sektoren, nämlich Landwirtschaft, Industrie, Finanzwesen und Handel, Kultur und Volksbildungswesen ausgehend, faßte Ministerpräsident Tschou En-lai die gewaltigen Erfolge bei der Regulierung der Volkswirtschaft in folgenden Punkten zusammen:

Erstens: Nach einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den letzten zwei Jahren wurde in diesem Jahr ein noch höherer Ernteertrag erzielt. Damit wurden schon so hohe Erträge wie in den früheren besseren Jahren erreicht. Es wird geschätzt, daß mengenmäßig die Produktion der wichtigsten agrarischen- und viehwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Getreide, Baumwolle, Tabak, Zuckerrohr, Schweine und Hammel u. a. höher als 1957, dem letzten Jahr des ersten Fünfjahrplans liegt. 1964 stieg die Zahl der in der Landwirtschaft eingesetzten Traktoren im Vergleich zu 1957 um das 4fache, die Zahl der Pferdestärken der elektrisch betriebenen Be- und Entwässerungsanlagen um das 12fache, die Energieversorgung der Landgebiete um das 22fache und die Menge des vom Staate gelieferten Mineraldüngers um mehr als das 2fache. Der Bau von Wasserregulierungsanlagen haben große Fortschritte gemacht. Diese Bauten spielen in der landwirtschaftlichen Produktion bereits eine wesentliche Rolle und werden in Zukunft eine noch größere Rolle spielen.

Zweitens: Die Industrieproduktion nahm eine neue Erweiterung und was das Sortiment und die Qualität betrifft, ist ein neuer Sprung nach vorn zu verzeichnen. Es wird erwartet, daß der Gesamtwert der Industrieproduktion 1964 im Vergleich zu 1963 um über 15% zunehmen wird. Das ist gegenüber 1957 ein bemerkenswerter Anstieg. Die Produktion der wichtigsten Industrieerzeugnisse wie Stahl, Erdöl, Mineraldünger, Zement, Automobile, Baumwollgarn, Zucker und Zigaretten wird 1964 gegenüber 1963 um über 20% steigen. In den letzten vier Jahren wurde das Sortiment der wichtigen Industrieprodukte um etwa 24 000 Sorten erweitert. Das ist dreimal so viel als die Erhöhung in der Zeitspanne der großen Erweiterung von

1958 bis 1960. Eine allgemeine Qualitätsverbesserung kann verzeichnet werden und manche Industrieprodukte haben bereits Weltniveau erreicht oder sind nicht mehr weit davon entfernt. Die Bewirtschaftung und Verwaltung der Industriebetriebe haben sich bedeutend gebessert. Der Roh-, Werk- und Brennstoffverbrauch und auch die anderen Selbstkosten der Produktion sanken beträchtlich, während die Produktivität ständig anstieg.

Drittens: Die Warenversorgung wurde beachtlich verbessert, wobei die Preise stabil blieben und die finanziellen Einnahmen und Ausgaben des Staates ausgeglichen waren. Das Vertrauen in unserer Währung ist gestiegen und unser Außenhandel hatte verhältnismäßig große Fortschritte zu verzeichnen. In den letzten Jahren wurde die Lebenshaltung der Bevölkerung in Stadt und Land schrittweise verbessert. Das Angebot von Schweine- und Hammelfleisch, Gemüse und anderen Nahrungsmitteln wuchs 1964 gegenüber 1957 um über 30%, das Angebot an wichtigsten Konsumgütern wie maschinell hergestelltem Papier, Aluminiumwaren, Emaillewaren, Fahrrädern und Radios usw. stieg um über 50%. Heute ist das Angebot auf dem Markt verhältnismäßig reichhaltig und überall ist ein Aufschwung zu verzeichnen.

Viertens: die Kultur, das Volksbildungswesen, das Gesundheitswesen und der Sport machten neue Fortschritte und das Niveau in Wissenschaft und Forschung wurde erhöht. In den letzten Jahren wurden entsprechend der Richtlinie „Die Erziehung muß in den Dienst der Politik des Proletariats gestellt werden, die Erziehung muß mit der produktiven Arbeit verbunden werden", der Unterricht und die Qualität der Erziehungsarbeit verbessert. In allen Teilen des Landes wurden versuchsweise Schulen neuer Art nach dem Prinzip „teilweise Arbeit und teilweises Studium" oder „teilweise Feldarbeit und teilweises Studium" eingerichtet. Auf diese Weise konnten den Kindern von Arbeitern, von armen Bauern und unteren Schichten der Mittelbauern mehr Möglichkeiten zum Schulbesuch gegeben werden. Wir entfalteten die patriotische Bewegung für Hygiene weiter, verbesserten die medizinische und hygienische Arbeit und die Technik der medizinischen Behandlung. Der Massensport nahm eine schnelle Entwicklung und das technische Niveau unserer Sportler hat sich weiter gehoben. Die Reihen der wissenschaftlich-technischen Fachkräfte wachsen von Tag zu Tag, so daß wir heute eine Reihe erstklassiger Wissenschaftler und Ingenieure haben. Manche unserer Forschungsergebnisse können so angesehen werden, daß sie bereits einen fortschrittlichen Niveau erreicht haben.

Wir werden uns daran erinnern, so fuhr Ministerpräsident Tschou En-lai fort, daß vor einigen Jahren, als wir uns vor ernste Schwierigkeiten gestellt sahen, die dem chinesischen Volk schon immer feindlich gesinnten Imperialisten und modernen Revisionisten sowie Reaktionäre aller Länder, einen chinafeindlichen Chor inszenierten und erklärten, Chinas Wirtschaft sei „zusammengebrochen", der große Sprung nach vorn sei ein „Mißerfolg" gewesen, die Volkskommunen wären „gescheitert", die Volksregierung hätte „bankrott" gemacht und so weiter und so fort. Es brauchte jedoch nicht lange Zeit, bis diese Herren angesichts der nüchternen Tatsachen zugeben mußten: Die im Osten ragende Volksrepublik China ist fester und stärker geworden als je zuvor.

Alle diese gewaltigen Erfolge, die wir in den letzten Jahren errungen haben, sind auf die entschlossene Durchführung der Richtlinie, sich auf eigene Kraft zu stützen, zurückzuführen

Ministerpräsident Tschou En-lai betonte: Alle diese gewaltigen Erfolge, die wir in den letzten Jahren errungen haben, sind auf die entschlossene Durchführung der Richtlinie, sich auf eigene Kraft zu stützen, zurückzuführen. Mit Hilfe der kollektiven Macht der Volkskommunen und mit der vollen Entfaltung des Arbeitselans der Bauernmassen für die kollektive Produktion konnten wir die landwirtschaftliche Produktion schnell wiederherstellen und sie rapid entwickeln. Gestützt auf die schöpferische Arbeit der Massen der Arbeiter und der Wissenschaftler und Techniker haben wir die Kapazität der Produktion und des Aufbaus der Wirtschaft aus eigener Kraft erhöht. Heute sind wir in der Lage, viele wichtige moderne Industriebetriebe und hochwertige, große und Präzisionsmaschinenanlagen aus eigener Kraft zu entwerfen und zu bauen, eine beachtliche Menge von qualitativ hochwertigen Roh-, Werk- und Brennstoffen in größerer Auswahl herzustellen, die allen Anforderungen entsprechen. Die Zahl der in China hergestellten kompletten Anlagen wurde erhöht.

Anschließend beleuchtete Ministerpräsident Tschou En-lai anhand der ausgezeichneten Erfahrungen der Dadschai-Produktionsbrigade im Kreis Hsiyang, Provinz Schansi und im Ölfeld von Datjing und anhand der erfolgreichen Herstellung der ersten chinesischen Atombombe, konkret die Erfolge beim Aufbau der Wirtschaft und Landesverteidigung als eine Folge der Politik, sich auf eigene Kraft zu stützen. Er führte weiter aus: Die am 16. Oktober 1964 erfolgreich zur Explosion gebrachte erste chinesische Atombombe, wurde von uns selbst hergestellt. Selbst ausländische Atomwissenschaftler mußten zugeben, daß dieser Kerntest das Niveau des anfänglichen amerikanischen, britischen und französischen Kerntests überstieg.

In dieser Zeit liehen wir nicht nur, so betonte Ministerpäsident Tschou En-lai weiter, keinen einzigen Pfennig vom Ausland, sondern tilgten fast alle früher von Ausland gewährten Anleihen und Kredite. Von uns von der Sowjetunion eingeräumten Krediten und fälligen Zinsen in Höhe von insgesamt 1 406 Millionen neuen Rubeln haben wir termingemäß bereits 1 389 Millionen neue Rubel zurückgezahlt, und der Sowjetunion vorgeschlagen, den Restbeitrag in Höhe von 17 Millionen neuen Rubeln mit einem Teil der diesjährigen aktiven Handelsbilanz aus dem Handelsverkehr mit der Sowjetunion vorfristig abzugelten. Aber nicht nur das, denn wir unterstützten in dieser Zeit die sozialistischen und unabhängigen nationalen Staaten mit Geld und Material, die wertmäßig beträchtlich höher als unsere Schulden lagen, die wir dem Ausland zurückzahlten.

Die gewaltigen Erfolge bei der Regulierung unserer Volkswirtschaft und der Anstieg der eigenen Kraft beim

Aufbau sind ein schlagender Beweis der Überlegenheit des sozialistischen Systems, ein Beweis der gewaltigen Macht der Angehörigen aller Nationalitäten unseres Landes, die unter Einsatz aller ihrer Kräfte beim sozialistischen Aufbau vorwärtsstreben, und ein Beweis der Richtigkeit der Generallinie des sozialistischen Aufbaus und der Unwiderlegbarkeit des Marxismus-Leninismus und der Lehren Mao Tse-tungs.

Punkte, die bei der Entwicklung der Volkswirtschaft in Zukunft berücksichtigt werden müssen

Nachdem Ministerpräsident Tschou En-lai die Aufgaben zur Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1965 bekanntgegeben hatte, sagte er: Um in einem nicht zu langen historischen Zeitabschnitt China zu einem mächtigen sozialistischen Staat mit einer modernen Landwirtschaft, Industrie, nationalen Verteidigung, Wissenschaft und Technik aufzubauen, müssen wir bei der Entwicklung der Volkswirtschaft in Zukunft folgende Punkte berücksichtigen:

Erstens: Die richtige Handhabung der Beziehungen zwischen Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie. Die optimale Regelung der Beziehungen zwischen diesen drei Bereichen bildet die wichtige Garantie für die reibungslose Durchführung der Generallinie für den sozialistischen Aufbau. Der Plan zur Entwicklung der Volkswirtschaft muß entsprechend der Reihenfolge der Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie ausgearbeitet werden.

Der Generalkurs, mit der Landwirtschaft als Grundlage und der Industrie als der führenden Kraft die Volkswirtschaft zu entwickeln, muß noch besser als früher durchgeführt werden. Das Maß, in dem die Industrie entwickelt wird, muß den Möglichkeiten angepaßt werden, welche die von der Landwirtschaft für den Markt gelieferten Getreidemengen und die Rohstoffe für die Industrie gewähren. Alle Zweige und Berufe müssen ihre Arbeit auf die Landwirtschaft ausrichten und der Landwirtschaft dienen. Die Zweige der Schwerindustrie müssen in erster Linie der Landwirtschaft immer mehr Maschinen, chemische Düngemittel, Schädlingsbekämpfungsmittel, Brennstoffe, Energie, Bewässerungsanlagen und Baumaterial und gleichzeitig der Leichtindustrie immer mehr Rohstoffe, Materialien und Anlagen liefern. Um diese Forderung zu verwirklichen, ist eine Beschleunigung der Entwicklung der Schwerindustrie, vor allem der Grundstoffindustrie, absolut notwendig.

Für die Entwicklung der Landwirtschaft ist einerseits die notwendige und mögliche finanzielle und materielle Hilfe des Staates unumgänglich, und was andererseits noch wichtiger ist, hängt sie von der kollektiven Kraft der Volkskommunen ab.

Zweitens: Die richtige Handhabung der Beziehungen zwischen dem Vertrauen auf die eigene Kraft und der internationalen Zusammenarbeit. Das Vertrauen auf die eigene Kraft bildet den Grundstein der Sache der Revolution und des Aufbaus. Nur wenn die sozialistischen Staaten beim Aufbau von den konkreten Verhältnissen des eigenen Landes ausgehen, dem Fleiß der eigenen Völker vertrauen und die Ressourcen der eigenen Länder voll ausnutzen, können sie in verhältnismäßig raschem Tempo die eigne Wirtschaft entwickeln und dadurch die Macht des ganzen sozialistischen Lagers vergrößern.

Hilfe unter Völkern verschiedener Länder ist niemals einseitig sondern immer gegenseitig und beruht auf gegenseitigem Nutzen. Großmachtchauvinismus äußert sich darin, im Namen der „gegenseitigen Wirtschaftshilfe" die Wirtschaft der anderen Länder in ein Anhängsel der eigenen Wirtschaft zu verwandeln. Internationale Zusammenarbeit muß auf der Politik des Vertrauens auf die eigene Kraft beruhen. Ein Staat kann erst dann andere Staaten wirkungsvoll unterstützen, wenn er den Aufbau aus eigenen Kräften durchführt. Noch mehr, wenn er den Empfängerländern wirklich helfen will, muß er ihnen helfen, auf eigenen Füßen zu stehen.

Das Vertrauen auf die eigene Kraft ist eine Politik, die die KP Chinas schon immer verfolgt hat. Da das chinesische Volk nicht aus Faulenzern und Feiglingen besteht, hat es sich nie auf andere verlassen und wird sich auch in Zukunft nicht auf andere verlassen. Wir sind absolut in der Lage, mit eigenen Kräften ein unabhängiges, vollständiges und modernes Wirtschaftssystem zu schaffen. Gleichzeitig werden wir, wie auch früher, im Rahmen unserer Möglichkeiten die Hilfeleistung für das Ausland intensivieren und einen noch größeren internationalistischen Beitrag leisten.

Drittens: Die Durchführung der technischen Revolution. Wir dürfen nicht den alten Weg der technischen Entwicklung gehen, den Weg, den andere Staaten gingen oder hinter den anderen Schritt für Schritt hinterherhumpeln. Wir müssen die herkömmlichen Gebräuche durchbrechen, so schnell wie möglich die moderne Technik einführen, und in einem nicht sehr langen historischen Zeitabschnitt China in einen mächtigen sozialistischen modernen Staat umwandeln. Das ist es, was wir den großen Sprung nach vorn nennen. Ist das etwa unmöglich? Doch es ist möglich. Ist das Prahlerei? oder nur leeres Trommeln? Nein, das ist weder Prahlerei noch leeres Trommeln. Allein wenn wir unsere Geschichte ansehen, können wir vieles klar erkennen. Haben wir nicht in unserem Land im großen und ganzen den scheinbar starken Imperialismus, Feudalismus und Kapitalismus gestürzt? Haben wir nicht beginnend mit „Armut und Rückständigkeit" in 15-jährigen Bemühungen beachtliches gutes Niveau auf allen Gebieten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus erreicht? Haben wir nicht auch eine Atombombe zur Explosion gebracht? Ist der Name „kranker Mann im Osten", den die westliche Bourgeoisie uns angehängt hat, nicht schon längst vorüber? Warum kann das Proletariat des Ostens nicht das erreichen, was die Bourgeoisie des Westens erreichen konnte? Der große chinesische Revolutionär und unser Vorläufer, Dr. Sun Yat-sen hat am Anfang des 20. Jahrhunderts gesagt: „China wird einen großen Sprung nach vorn machen." Seine Voraussage wird mit Bestimmtheit in den nächsten Jahrzehnten verwirklicht werden. Diese Entwicklung ist unvermeidlich, keine reaktionäre Kraft kann sie aufhalten.

Um die moderne Technik anzuwenden ist es notwendig, die Begabung und das Talent unseres Volkes voll zu entfalten und sich energisch mit den wissenschaftlichen Versuchen zu befassen. Wir müssen alle guten Erfahrungen und Techniken des Auslands annehmen. Das Lernen von anderen Ländern muß mit schöpferischem Geist verbunden sein. Die Einführung der neuen Technik muß mit der Massenbewegung für technische Neuerung und technische Revolution verbunden werden. Die wissenschaftliche Forschungsarbeit und der Unterricht muß mit der Produktion vereint werden.

Viertens: Die Verbindung der zentralisierten Führung mit der kühnen Entfaltung der Massenbewegung. Unsere Partei hat aus der Führung der Massenbewegung während des revolutionären Kampfes reiche Erfahrungen gewonnen. Auch bei der Entwicklung der Massenbewegung beim wirtschaftlichen Aufbau haben wir erfolgreiche Erfahrungen gesammelt. Diese Erfahrungen sind: Die Aufgaben unter den Volksmassen zur Debatte zu stellen; einen Wettbewerb zu entfalten, mit den Vorgeschrittenen wetteifern, von ihnen zu lernen, sie einzuholen und den Zurückgebliebenen zu helfen, und die enge Verbindung zwischen den leitenden Funktionären, Spezialisten und Volksmassen zu verwirklichen. Wir müssen den revolutionären Geist entwickeln, kühn zu denken, zu sprechen und zu handeln, und gleichzeitig auch eine realistische und wissenschaftliche Einstellung entwickeln. Es muß sowohl mit vollem Arbeitselan gearbeitet, als auch die Synthese zwischen Arbeit und Erholung in die Tat umgesetzt werden. Alle Neuerungen der Volksmassen müssen in Versuchen überprüft und dann schrittweise popularisiert werden. Die Klassenlinie der Partei muß konsequent durchgesetzt werden. Mit allen Kräften, mit denen Einheit möglich ist, müssen wir uns vereinigen. Alle positiven Faktoren müssen mobilisiert werden, um dem sozialistischen Aufbau zu dienen.

Wir verlangen von allen leitenden Funktionären das Geschick, den allgemeinen Aufruf mit einzelnen Anleitungen zu verbinden, zu haben. In unserem Land gibt es an der Front der Produktion und des Aufbaus viele leitende Funktionäre, die so handeln. Wir haben jedoch nicht wenige Genossen, die sich weigern, eine Zeitlang in einer Grundorganisation (d.h. in eine Grundorganisation gehen und dort eine gewisse Zeit zu arbeiten, um unmittelbare Erfahrungen zu sammeln) zu arbeiten, die Dinge zu untersuchen, zu erforschen und mit den Volksmassen zu beraten. Sie begnügen sich damit, selbstherrlich Befehle zu erteilen. Solche Leute müssen sofort ihren Arbeitsstil ändern, auf die Arbeitsstellen gehen, die Dinge untersuchen und erforschen, die Probleme kennenlernen, ihre Fehler eingestehen und die Meinung der Volksmassen anhören. Erst dann können sie dort gemeinsam mit den Volksmassen die Probleme lösen und die Erfahrungen zusammenfassen. Nur dadurch können sie richtige einzelne Anleitungen geben und dann auch den richtigen allgemeinen Aufruf erlassen, um die Massenbewegung in der Produktion und beim Aufbau noch besser zu entfalten.

In den weiteren Ausführungen des Genossen Tschou En Lai nimmt die theoretische und praktische Begründung der folgenden und anderer Thesen bedeutenden Raum ein:

★

In der sozialistischen Gesellschaft bestehen noch Klassen und Klassenkämpfe. Es ist ganz falsch, die Gefahr der kapitalistischen Restauration in den sozialistischen Staaten zu unterschätzen. Aber man darf auf keinen Fall behaupten, die kapitalistische Restauration sei unvermeidlich

★

Die wichtigste Aufgabe der kulturellen Revolution ist der konsequente Kampf gegen den Kapitalismus. Das Ziel der kulturellen Revolution besteht darin, daß die Intellektuellen gleichzeitig körperliche Arbeiter und körperliche Arbeiter ebenfalls Intellektuelle sein sollen

★

Die weitere Festigung und Stärkung der volksdemokratischen Einheitsfront ist für die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus von großer Bedeutung. Die nationale Bourgeoisie Chinas trägt noch einen Doppelcharakter; die Umerziehung der bürgerlichen Elemente ist ein langwieriger, komplizierter und fortgesetzter Klassenkampfprozeß

★

Die Aggressions- und Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus kann zerschlagen und der Weltfrieden erhalten werden, wenn die Völker aller Kontinente sich vereinigen und eine wirklich breite Einheitsfront bilden

★

Saragats Wahl - Sieg für wen?

"Entscheidend für die Wahl Saragats waren die Stimmen der Kommunisten", "Ein Wendepunkt in der italienischen Nachkriegsgeschichte" - schrieb die "Volksstimme" triumphierend am Tag nach der Wahl Saragats zum Präsidenten Italiens. Ihre Kommentare erweckten den Anschein, als ob der KP Italiens mit der Saragat-Wahl ein entscheidender Schritt vorwärts auf dem Weg zum Sozialismus gelungen wäre.

Merkwürdig! Merkwürdig deshalb, weil diese erfolgreiche Aktion des "friedlichen Wegs zum Sozialismus" auch Glückwünsche erntete im Namen der EWG von deren Präsidenten Hallstein und im Namen der NATO von deren Generalsekretär! Merkwürdig auch, daß - wie die französische Zeitung "Le Monde" berichten konnte - auch Bonn von der Wahl Saragats einhellig befriedigt war. Alle führenden Blätter der NATO-Länder und NATO-Regierungen brachten Kommentare, die ihre Genugtuung, ja ihre Begeisterung zum Ausdruck brachten. Und die "New York Times" machten den Christlich-Demokraten Italiens sogar den Vorwurf, engstirnig parteipolitisch gehandelt zu haben, indem sie nicht von sich aus und von vornherein die Wahl Saragats betrieben hätten, dessen unbedingte Gefolgschaft für so friedliche und fortschrittliche Organisationen wie US-Außenamt, NATO und EWG doch außer Zweifel steht.

Besonders merkwürdig aber, daß dieselbe KP Italiens, die mit solcher Hingabe ihre Stimmen für den "Demokraten" und "Sozialisten" Saragat in die Waagschale warf, ihn 48 Stunden vor dieser Abstimmung noch als Kandidaten des konservativen Flügels der Christlich-Demokraten bezeichnet hatte. Das Bild, das diverse revisionistische Zeitungen von Saragat gezeichnet hatten, wandelte sich innerhalb dieser zwei Tage so grundlegend, daß sich Saragat selbst darin kaum noch wiedererkennen wird. Noch nie vorher ist jemand so plötzlich und ganz ohne sein Zutun ein "Fortschrittler" geworden wie er. Die wichtigsten und kennzeichnendsten Tatsachen über Saragat sind mit einem Mal aus dem Gedächtnis gewisser Leute verschwunden. Wirklich merkwürdig.

Dabei ist weltbekannt, wer Saragat war und wer er weiter ist. Immer war er ein Exponent des äußersten rechten Flügels der italienischen Sozialdemokratie. Nachdem er sich schon während der Emigration in dieser Hinsicht hervorgetan hatte, verließ er nach dem Krieg mit einer kleinen Gruppe von extremen Antikommunisten die SP Italiens, weil diese damals für Klassenkampf und Arbeitereinheit eintrat, und begründete seine eigene SP forciertesten Antikommunismus und Proamerikanismus. Seither war er sozialdemokratisches Paradepferd auch der allerreaktionärsten, arbeiterfeindlichsten und schwärzesten Regierungen Italiens, war er eifrigst am Werk, die Arbeiterklasse Italiens nicht nur politisch, sondern auch gewerkschaftlich weiter aufzuspalten, und war er außenpolitisch nicht bloß ein Mitläufer, sondern ein maßgeblicher Geburtshelfer der EWG und der NATO - was ihm in diversen Glückwunschschreiben und -Artikeln neuerlich bescheinigt wurde.

Geld stinkt nicht, hat einmal ein bekannter Römer gesagt. Saragat ist der Meinung, daß auch kommunistische Stimmzettel nicht stinken, wenn sie seinen Zwecken dienen. Überhaupt wird jetzt klar, was wohl ein Hauptzweck des großen Wahltheaters in 21 Akten war. Man veranstaltete künstlich eine "Krise der Demokratie", um den Arbeitermassen unter dem Motto der notwendigen "Rettung" dieser Demokratie einen Mann akzeptabel zu machen, den sie andernfalls nicht akzeptiert hätten. Die revisionistischen Kommentatoren machten so, als ob die 21 Wahlgänge die italienische Bourgeoisie so "zermürbt" hätten, daß sie zuletzt sogar einen "Vertreter der Arbeiterschaft" vor ihre Nase setzen ließ. Leider aber war es umgekehrt. Wer durch die Mühle von 21 Wahlgängen gedreht und zermürbt wurde, war die Masse der fortschrittlichen Wähler Italiens, denen man einen Mann wie Saragat nur unter äußerstem Aufwand aufzuschwätzen vermochte. Nun ist das Werk getan. An der obersten und repräsentativsten Stelle des italienischen Staatsapparats steht der Vertreter der am wenigsten repräsentativen und am wenigsten populären Gruppe der italienischen Reformisten, gewählt zwar mit den Stimmen der Kommunisten, aber gegen die Stimmen der fortschrittlichsten Richtung in der italienischen Sozialdemokratie.

So vollendet sich rascher als mancher glauben mochte, die traurige Rolle der modernen Revisionisten:

Um die "Demokratie" zu retten - helfen sie dem extremsten und borniertesten Antikommunisten in den Sattel.

Um der "friedlichen Koexistenz" zu dienen - geben sie ihre Stimme dem Vorkämpfer der EWG und der NATO.

Unter dem Motto der "Arbeitereinheit" - legen sie sich dem schlimmsten Spalter zu Füßen.

Und Longo, der neue Führer der KP Italiens, verlangt bereits ungeduldig als Lohn für diesen Dienst einen Ministersessel. Tatsächlich, wenn schon kein Weg zum Sozialismus, aber ein Weg zu einigen Ministersesseln in einer kapitalistischen Regierung Italiens könnte eine solche Politik sein. Die KP Italiens würde in diesem Land dann eine ähnliche Rolle spielen wie die SPÖ bei uns.

Nebenbei: In ihrer Freude über die Wahl Saragats hat die "Volksstimme" ganz übersehen, daß der Wahl-Entscheid der KPI auch einen schweren Rückschlag im Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs bedeutet, die von Seiten der EWG und der NATO schwerstens bedroht ist. Ein mit den Stimmen italienischer KP-Abgeordneter gewählter Propagandist der EWG und der NATO auf dem italienischen Präsidentensessel erhöht die Gefahren für Österreichs Unabhängigkeit, stärkt ihre erbittertsten Feinde. Das sind die traurigen Tatsachen, zu denen die "Volksstimme" Beifall klatscht.

J.F.

ZUSCHRIFTEN AN DIE "ROTE FAHNE"

ob sie nun Anregungen, Vorschläge und eigene Beiträge oder ob sie Kritiken und Polemiken enthalten, sind für uns eine Lebensnotwendigkeit. Auch wenn wir infolge Arbeitsüberlastung viele Briefe sehr verspätet beantworten, findet jede Zuschrift aufmerksame Beachtung und in irgendeiner Form ihre Wiederspiegelung und Nutzanwendung in der Zeitung selbst.

WIE JOHNSON DER WELT "HELFEN" WILL

AUS DER BOTSCHAFT DES AMERIKANISCHEN PRÄSIDENTEN AN DEN KONGRESS

In seiner Botschaft an den amerikanischen Kongreß über die amerikanische Auslands-"Hilfe" für das Jahr 1965 verlangte Johnson 1.170 Millionen Dollar für militärischen "Beistand" - das sind um 115 Millionen mehr als im vergangenen Jahr. Der größere Teil dieser Summe ist, wie Johnson klarmachte, zur Unterdrückung der sich verstärkenden nationalen Befreiungsbewegung in Südostasien bestimmt. "Um dringende Bedürfnisse in Südostasien zu erfüllen", werden die USA, wie Johnson sagte, im heurigen Jahr sogar "Programme in anderen Ländern, die unter Druck stehen, kürzen". Anders ausgedrückt: dem amerikanischen Imperialismus beginnen die Arme schon zu kurz zu werden, um in aller Welt die Völker niederhalten zu können, weshalb er sich auf einige "Schwerpunkte" konzentrieren will.

Johnson erklärte, daß "nahezu drei Viertel des Geldes nach elf Ländern des grossen sich von Griechenland bis Südkorea erstreckenden Bogens gehen werden. Davon wird besonders auf Vietnam ein großer Anteil kommen."

Insgesamt verlangte Johnson für das Jahr 1965 die Bereitstellung von 3.380 Millionen Dollar für die Durchführung eines "ausgewählten und konzentrierten" militärischen und wirtschaftlichen Auslands-"Hilfe"-Programms, wobei er garnicht die Tatsache verhehlte, daß diese "Hilfe" den Zweck hat, "die amerikanischen Lebensinteressen zu fördern" und vor allem dem Hauptziel der USA zu dienen, eine von den Dollarmillionären kontrollierte und beherrschte Welt zu schaffen. An dieser Zielsetzung ändert auch der Umstand nichts, daß Johnson eine solche unter der USA-Fuchtel stehende Welt heuchlerisch als "Welt der Stabilität, der Freiheit und des Friedens" bezeichnet.

Johnson betonte, daß die Riesensummen, die er forderte, "das niedrigste mit den nationalen Interessen eben noch vereinbare Hilfe-Budget" darstellten. Deswegen hielt er es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß er, "falls sich im Laufe des Jahres Situationen ergeben sollten, die zusätzlichen amerikanischen Beistand zur Förderung amerikanischer Lebensinteressen erforderlich machen sollten, nicht zögern werde, den Kongreß um zusätzliche Fonds zu ersuchen".

Offen plauderte Johnson das Ziel der amerikanischen Militär-"Hilfe" aus, in den an das sozialistische Lager grenzenden Gebieten "mehr als dreieinhalb Millionen Mann unter Waffen zu halten", um dort revolutionäre Bewegungen zu unterdrücken und feste amerikanische Stützpunkte zu schaffen. Er sagte, daß "ohne diese dreieinhalb Millionen Mann unter Waffen mehr Amerikaner in Übersee stationiert werden müßten und wir weit mehr für die Verteidigung ausgeben müßten als das jetzt der Fall ist".

Als Ergänzung zu der militärischen "Hilfe" forderte Johnson 369 Millionen Dollar als sogenannte Unterstützungs-Hilfe für einige amerikanische Marionetten-Regimes, um deren arg angeschlagene "Stabilität und Sicherheit aufrechtzuerhalten". 88 Prozent dieser zusätzlichen Summe sollen in Südvietnam, Laos, Südkorea und in Jordanien verwendet werden.

Bei seinen Erklärungen über das besondere Gewicht, das er auf die "Hilfe" für Südvietnam und Laos legt, ließ Johnson klar erkennen, daß er bemüht ist, den amerikanischen Aggressionskrieg in diesem Gebiet auszuweiten. Allein diese beiden Länder sollen im Jahre 1965 fünfhundert Millionen Dollar als militärische Beistands-"Hilfe" erhalten, was aber nach Johnsons Ansicht nicht reichen werde, weshalb er verlangte, noch einen zusätzlichen Fonds bereitzustellen, auf den man im Bedarfsfalle "zum Schutz unserer dortigen Interessen" zurückgreifen könnte.

Was die wirtschaftliche US-"Hilfe" an andere Länder betrifft, reklamierte Johnson den Betrag von 580 Millionen Dollar für die sogenannte "Allianz für den Fortschritt", jener amerikanischen Organisation, mit der der US-Imperialismus die Länder und Regierungen Lateinamerikas unter seiner Kontrolle zu halten versucht. Zugleich trat er für die Fortsetzung des sogenannten Programms "Nahrung für den Frieden" ein, das faktisch dazu dient, "Überschuß"-Güter der amerikanischen Landwirtschaft in den wirtschaftlich schwächeren Ländern zu Dumpingpreisen zu verkaufen.

Johnson rief die amerikanischen Kapitalisten dazu auf, noch mehr Kapital als bisher in die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder zu exportieren, um die wirtschaftliche Durchdringung dieser Länder weiter zu verstärken, wobei das Gerede von wirtschaftlicher und technischer "Hilfe" der fadenscheinige Vorwand ist, unter dem diese imperialistische Expansion marschiert. Besonderes Gewicht legte Johnson auf die Rolle des privaten Unternehmertums im Rahmen der Auslands-"Hilfe" der USA. Amerikanischerseits seien im Zusammenhang mit dem "Export-Garantie-Programm des Auslands-Hilfe-Gesetzes" bedeutend "erweiterte Vollmachten" erforderlich, um den privaten amerikanischen Kapitalexport in unterentwickelte Länder zu begünstigen und zu ermutigen. Andererseits müßten aber zugleich die Länder, die amerikanische "Hilfe" erhalten, "eine Politik durchführen, die ein günstiges Klima für ausländische Investitionen schafft".

Im besonderen unterstrich Johnson auch die Notwendigkeit, mittels der US-Auslands-"Hilfe" nicht nur politische und militärische Positionen zu erringen, sondern auch die amerikanischen Überschußgüter an den Mann zu bringen und wirtschaftliche Erfolge für die USA zu erzielen. Johnson teilte mit, daß gut über 80 Prozent der amerikanischen "Hilfe" jetzt die Form amerikanischer Warenlieferungen und "Dienstleistungen" annimmt. Gleichzeitig werde nun bereits "ein bedeutender Teil" der amerikanischen "Hilfe" durch die "Zinsen und die Rückzahlung früherer amerikanischer Anleihen wettgemacht".

Johnson gab in diesem Zusammenhang zu, wie rasch mit der amerikanischen "Hilfe" die Schuldenlast der betreffenden Länder ansteigt. "Ihre gesamten öffentlichen Auslandsschulden belaufen sich jetzt auf ungefähr 30 Billionen Dollar. Das Ausmaß der Rückzahlungen erreicht nun nahezu 5 Billionen Dollar jährlich und steigt um 15 Prozent pro Jahr", sagte Johnson und fügte hinzu: "Das ist eine schwere Last."

W.F.

ROSAROTE BRILLEN

"Präsident Johnsons Botschaft wird im sowjetischen Teil des Ostblocks im allgemeinen recht günstig kommentiert und beurteilt..."

"Die TASS...hob namentlich jenen Teil hervor, in dem der Präsident den Wunsch des amerikanischen Volkes zum Ausdruck brachte, mit dem sowjetischen Volk in Frieden zu leben und sich gegenseitig besser kennenzulernen."

"NEUE ZÜRCHER ZEITUNG" vom 6.u.7.1.1965



Dreier-Vertrag – ein Fetzen Papier

Am 13.Jänner d.J. brachte der Wiener "KURIER" auf seiner Titelseite die folgende Meldung:

Reaktor: Versuchsexplosion

„Es war nicht ganz eine Atomexplosion"

Jackass Flats (Nevada, USA). Die Sonne über der Wüste Nevada verblaßte gestern neben dem grellen Lichtblitz einer gewaltigen Explosion. Amerikanische Wissenschaftler hatten absichtlich einen „Atom-Unfall" herbeigeführt und einen Atom-Reaktor explodieren lassen.

Man kann nicht bestreiten, daß sie sensationell ist. Sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die USA einen oberirdischen

(Fortsetzung auf Seite 18)



PATRICE LUMUMBA

Nahezu vier Jahre sind ve angen, seitdem die belgisch-amerikanischen Büttel im Kongo unter dem Schutz der UNO den kongolesisch Nationalhelden Patrice Lumumba ermordet haben.

Patrice Lumumba, der sei Volk in einen konsequenten und erfolgreichen Kampf gegen den Kolonialismus geführt hat, widmete sein ga s Leben der Sache der nationalen Befreiung des Kongo.

Am 30. Juni 1960 schien d s Ziel erreicht. Die Fahne der Unabhängigkeit wehte endlich über dem Kongo. Eine Regierung unter der ührung Lumumbas wurde gebildet. Doch kurz danach setzten die USA im UNO-Sicherheitsrat den kolonialischen Beschluß durch, eine UNO-Streitkraft zur militärischen Intervention im Kongo (L) zu entsenden, dort die angeblich bedrohte "Ordnung aufrecht zu erhalten". Zu gleicher Zeit wurden eine Unzahl von U-Kolonialisten und deren Agenten in den Kongo entsandt, um die dortige sogenannte "UNO-Mission" in unmittelbares Werkzeug der US-Imperialisten zu verwandeln.

Am 15. Juli 1960 begann di Tragödie, die darin bestand, daß "der Tiger bei den Fenstern hereinkam, während man dem Wolf an der üre Widerstand leistete". Ein Kontingent blaubehelmter "UNO-Truppen" in amerikanischer Ausrüstung machierte in das Zentrum des Kongo (L), entwaffnete die patriotischen kongolesischen Truppen, besetzte d strategisch wichtigsten Punkte, zernierte den Flugplatz und nahm die Radiostation in Beschlag. Hand in nd mit den belgischen Aggressionstruppen und Söldnerbanden arbeitend, unterstützten sie die Machination Tschombes und taten alles, um der rechtmäßigen kongolesischen Regierung den Garaus zu machen und de Kongo unter eine Zwangsverwaltung zu stellen. Am 5. September desselben Jahres stifteten die angloamerinischen und belgischen Kolonialisten ihren Agenten asavubu dazu an, die Lumumba-Regierung aufzu en und neun Tage später unterstützten sie den Verr r Mobutu bei einem bewaffneten Staatsstreich. D "UNO-Streitkräfte" benutzten diese Gelegenheit, Lumumba in Leopoldville unter dem Vorwand seines Schutzes" unter Hausarrest zu setzen. Lumumb der erkannte, was man mit ihm vorhatte, gelang es zu flüchten. In den von den UNO-Truppen kontrolliert Gebieten wurde er aber neuerlich verhaftet und an Mobutu ausgeliefert. Am 27. November 1960 gelang Lumba neuerlich die Flucht vor seinen Mördern. Jetzt griff der USA-Botschafter im Kongo persönlich ein. E ersorgte Mobutu mit allen technischen Hilfmitteln, um Lumumbas habhaft zu werden. Am 1. Dezember hatte m ihn. Nach grausamen Folterungen und Mißhandlungen wurde er nun unter schwerer Bewachung nach Katan verschleppt, wo er im Auftrag der alten und neuen Kolonialisten von den Werkzeugen Tschombes ermord wurde. Keine Macht der Welt kann den Imperialisten unter Führung der USA und der von ihnen mißbraucht UNO die Verantwortung für diesen bestialischen Mord abnehmen.

Von ihrer ersten Intervention im Kongo (L) im Juni 1960 bis zu dem vereinigten rikanisch-englisch-belgischen Überfall auf Stanleyville im vergangenen Herbst ist die Geschichte des Kong eine Geschichte unausgesetzter barbarischer Verbrechen der Imperialisten gegen ein heroisch um seine U hängigkeit ringendes Volk. Aus allen Poren blut- und schmutztriefend zeigt hier der alte und neue Kolonialism sein wahres Wesen. Nicht nur Lumumba, sondern tausende anderer aufrechter Patrioten wurden und werde r, gestützt auf die offene militärische Intervention der Imperialisten, mit und ohne Berufung auf die UNO, hi etzelt.

Und doch werden die Imperialisten nicht siegen. Nicht im Kongo und nicht anders All ihre Grausamkeit wird ihnen nichts nützen, wird sie nicht retten, ihren unvermeidlichen Untergang aufhalten.

In dem Testament, das Lumumba knapp vor seinem Tode geschrieben hat, heißt "Ich zweifle keinen einzigen Augenblick daran, daß das kongolesische Volk seinen Kampf niemals aufgeben rd, solange sich die Kolonialisten und ihre Söldner in unserem Land befinden." Die Tatsachen der verga en vier Jahre beweisen die Richtigkeit dieser Worte.



(Fortsetzung von Seite 15)

Atomversuch vorgenommen haben, den von ihnen feierlich unterzeichneten und von den Revisionisten so begeistert begrüßten Teststopp-Vertrag somit ohne alle Hemmungen gebrochen haben.

Noch klarer als bisher wird damit der betrügerische Charakter dieses Vertrags, mit dem unaufgeklärten Menschen die Augen über die mit aller Energie vorangetriebene Atomaufrüstung der USA verklebt werden sollten.

Noch deutlicher wird damit aber auch die unverzeihliche Rolle der modernen Revisionisten, die dabei die Mauer machen. Sie, die je nach Temperament darüber bitterlich weinten oder zornig aufbegehrten, daß das sozialistische China (das keinen Dreier-Vertrag unterschrieb) eine Versuchsbombe zündete, schweigen jetzt angesichts des so schlecht verhüllten oberirdischen Atomtests der USA (das solche Tests aufzugeben sich vertraglich verpflichtet hat) wie auf Kommando. Die Redakteure der "Volksstimme" und die wohlmeinenden Intellektuellen vom Friedensrat, die Revisionisten von Wien bis Moskau - alle schweigen sie. Keiner hat was gehört, keiner protestiert. Haben sie, die beim Versuch des sozialistischen China so ängstlich und besorgt die Luft prüften, überhaupt keine Nase mehr für den penetranten Gestank, der aus Amerika dringt und die ganze Welt zu verpesten droht?

"DAS SOZIALISTISCHE CHINA VON HEUTE"

Am Freitag, den 8. Jänner, fand im Gasthaus Müllner in Favoriten eine Berichtsversammlung über die Eindrücke statt, die eine Gruppe österreichischer Kommunisten im Mai 1964 im sozialistischen China gewonnen hatte. Den Bericht erstattete Genosse Armin Freudmann.

Der mit großer Geduld und Energie betriebene Versuch des Genossen Freudmann, die Veranstaltung in einem Lokal der KPÖ durchzuführen, scheiterte am hartnäckigen Widerstand der revisionistischen Gruppe, die in der Partei alle Macht okkupiert hat und die seit Jahren jede objektive Berichterstattung über dieses große sozialistische Land in Asien und über seine heldenhafte Kommunistische Partei verhindert.

Die Rechnung dieser Gruppe ist diesmal jedoch nicht aufgegangen. Obwohl nur Interessenten aus dem 10. Bezirk und seiner engsten Umgebung eingeladen worden waren, war das Versammlungslokal schon vor Beginn bis zum letzten Platz gefüllt. Unter den Anwesenden waren viele bekannte Aktivisten der Favoritner Parteiorganisation, denen an einer wirklichkeitsnahen und von revisionistischer Gehässigkeit freien Information gelegen war.

Die Ausführungen des Genossen Freudmann fanden großes Interesse und lebhafte Zustimmung. Die Fülle der dargebotenen Probleme und Informationen löste nicht nur eine rege Diskussion, sondern auch den Wunsch von Diskussionsteilnehmern aus, in einigen Wochen eine Fortsetzung des Berichts folgen zu lassen, was dann auch beschlossen wurde. Inhaltlich wird sich dieser weitere Bericht vor allem mit den politischen Problemen und Standpunkten befassen, welche die Delegation in China diskutiert hat.

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

ZEHN JAHRE GEFÄNGNIS!

Am 22. Dezember 1964 wurde gegen 9 chinesische Staatsbürger, die in Brasilien beruflich tätig waren, einer der schamlosesten Prozesse geführt, den die Geschichte des internationalen Rechtes kennt. Die Verurteilung dieser Kaufleute und Journalisten zu zehn Jahren Gefängnis wegen "umstürzlerischer Tätigkeit" ist ein Hohn auf das Gesetz, die Moral und die Menschenrechte. Wieder einmal wird die ganze Gemeinheit und Skrupellosigkeit des amerikanischen Imperialismus, der diese Sache nach dem von ihm inszenierten Militärputsch in Brasilien eingefädelt hatte, offenbar. Es ging darum, dem verbrecherischen Putsch der Generäle hinterher einen Vorwand zu liefern und den Putschisten den Anschein von "Rettern" vor der Gefahr einer "kommunistischen Verschwörung" zu geben. Und da es, seit in der Sowjetunion der Revisionismus herrscht, Mode geworden ist, jede revolutionäre Bewegung als "chinesisch" inspiriert zu erklären, brauchte man einige Chinesen, um sie als "Drahtzieher" vorzuzeigen und an ihnen "ein Exempel zu statuieren". Man fand sie in den neun Kaufleuten und Journalisten aus China, die eben im Lande waren.

Die Hoffnungen der brasilianischen Putschisten und ihrer amerikanischen Hintermänner haben sich indessen nicht erfüllt. Herausgekommen ist nicht die Verklärung der Putschgeneräle zu Vaterlandsrettern, auch nicht die geplante Vergiftung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem chinesischen und den lateinamerikanischen Völkern, sondern eine Demonstration der schmutzigen Mittel und Methoden jener Faschisten, denen die USA in Brasilien wie überall sonst in der Welt die Stange hält. Alle Welt sieht, was hier gespielt wird und ein weltweiter empörter Protest, dem sich zahllose Persönlichkeiten, Zeitungen und Organisationen angeschlossen haben, hat sich gegen die brasilianische Putschregierung erhoben, die eine Art von Hitlerschem Reichstagsbrandprozeß wiederholen wollte.

Die angestrengten Bemühungen der brasilianischen Polizei haben nicht den geringsten Beweis einer umstürzlerischen Tätigkeit oder einer Spionage der Chinesen zutage fördern können. Natürlich hatten die Chinesen Kontakte zu fortschrittlichen Kreisen, zu Kommunisten und Friedensfreunden, natürlich sammelten die Journalisten Informationen für ihre Zeitungen, aber sie taten das offen und legal, gemäß den brasilianischen Gesetzen und ihren Berufspflichten. Nicht einmal die Übersetzungskünste der Dolmetscher, welche man sich aus der Tschiangkaischek-Botschaft(!) geholt hatte, konnten daran was verdrehen, obwohl sie z.Bsp. in einem Fall den Satz "Wir hatten eine Zusammenkunft" mit "Wir hatten ein geheimes Treffen mit Mitgliedern der KP" übersetzten.

Wir österreichischen Marxisten-Leninisten schließen uns dem weltweiten Protest über das Terrorurteil der brasilianischen Putschisten gegen unschuldige Menschen vollinhaltlich an. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt denen, die das Urteil getroffen hat, aber wir sind überzeugt, daß keine zehn Jahre vergehen werden, bis die Herrschaft der brasilianischen Putschisten hinweggefegt ist und alle ihre Opfer wieder frei sein werden.

LEHRREICHES AUS DER BÜRGERLICHEN PRESSE

DER WESTDEUTSCHE "SPIEGEL" BERICHTET ÜBER DAS LUSTIGE MORDEN IM KONGO

In seiner Nummer 1/2 vom 6. Jänner 1965 berichtet "Der Spiegel", die bekannte Hamburger Wochenschrift, unter dem Titel "Wie macht man Neger weiß?" über die Erlebnisse ihres in den Kongo entsandten Reporters. Die Zeitschrift enthält auch einen persönlichen Brief, den der im Kongo im Dienste Tschombes "tätige" SS-Mann Siegfried Müller (dessen im vollen Schmuck seiner Hitler-Auszeichnungen prangendes Bild wir bereits veröffentlichten) an die Spiegel-Redaktion gerichtet hat und in dem er über die Bedingungen aufklärt, unter denen andere westdeutsche Verbrecher seines Schlages bei Tschombe "anheuern" können.

"Mit Tempo sechzig rollt der gepanzerte Jeep, Zwillings-MG in Fahrtrichtung, ein weiteres MG am Heck, durch den hellgrün wuchernden Urwald. 17 Kilometer hinter Stanleyville wird mir eine israelische Maschinenpistole vom Typ Uzi verpaßt. Meine militärische Grundausbildung im östlichen Kongo besteht aus einem Fluch und der Anweisung, die Waffe auf Einzel-, nicht auf Dauerfeuer einzustellen.

Zugleich drückt mich Nachbar Erwin - 25 Jahre alt, Reserveleutnant der Bundeswehr, seit einem halben Jahr Mitbesitzer einer Farm bei Johannesburg, jetzt im Solde Tschombes - auf seine Munitionskiste; er zwängt sich hinter das Maschinengewehr auf meinem gepolsterten Sitz im Fond des Wagens.

MG-Salven zerhacken die Stille des Urwalds. Die Vorhut, ein Panzerspähwagen und ein Schützenpanzer, beide mit einem napoleonischen Adler als Talisman, hat das Feuer eröffnet...

Aus einer Steinbaracke kommt zögernd ein Kongolese, die Arme erhoben, um den Kopf ein weißes Band, das obligate Zeichen, kein Rebell zu sein...

Die weißen Söldner befehlen dem Zivilisten, als Kugelfang vor der Kolonne herzulaufen. Als er sich weigert, bellt eine Maschinenpistole. Es klingt wie ein einziger langer Schuß. Der Kongolese klappt vornüber und kippt langsam auf die linke Seite. Hellrot strömt das Blut aus dem schwarzen Haarschopf...

Das Material-Depot der Partisanen, dem der heutige Einsatz gilt, wird nach allen Seiten abgesichert; dann müssen dieselben Rebellen, die hier am Vormittag gefangen wurden, Pontons auf die Lastwagen laden... Die Rebellen, die beim Ausräumen des Depots halfen, werden im Hauptquartier der Nationalarmee in Stanleyville abgeliefert. Ihre Anführer werden gefoltert und zu Aussagen gepreßt. Der letzte Weg der Gefangenen führt an eine Lichtung am Kongo-Ufer, unweit des Flughafens von Stan.

Dort ist die Erde vom Blut der Erschossenen rostbraun gefärbt. Ein LKW des Exekutionskommandos, in sumpfigem Morast steckengeblieben, markiert den Ort, wo Kongolesen Kongolesen erschießen: Die Aufständischen werden so dicht am Fluß aufgestellt, daß sie nach dem tödlichen Schuß in die Strömung fallen.

Für Rebellen, die nicht freiwillig zur Hinrichtung traben, halten einzelne Katangesen - so berichtet mir ein Söldner - eine Spezialbehandlung parat. Sie treiben den Gefangenen am Hinterkopf das Bajonett in die Schädeldecke...

Der erste Tote, den ich in Stanleyville sehe, ist Alphonse Kingis, 35, bis zur Befreiung Lokalchef der Rebellen. Sein nackter Leichnam war drei Tage zuvor auf die Trümmer des halbgesprengten Lumumba-Denkmals geworfen worden. Die Tropensonne hat den Körper aufgebläht wie eine gigantische Gummipuppe.

In der Commune, einem Vorort, komme ich mit dem Flughafen-Zubringer, einem ausgedienten Magirus-Deutz-Lastwagen, an einem Opel Rekord (Baujahr 1961) vorbei. Hinter seinen blindgeschossenen Scheiben grinst ein Mensch. Er hängt auf dem Beifahrersitz, den Kopf auf die Lehne gelegt, tot. Der Schwarze mit dem schwarzen Wollhaar hat ein weißes Gesicht. Es ist bis auf die Knochen freigelegt.

Mir fällt das Wort eines südafrikanischen Söldners ein: 'Wie macht man Schwarze weiß? Man erschießt sie und läßt sie in der Sonne liegen.' ...

Das Verfahren, nach dem die Spreu vom Weizen geschieden wird, ist überall in den Aufstandsgebieten gleich. Von ihren gepanzerten Fahrzeugen aus forderten die weißen Söldner in Stanleyville über Megaphon: Wer nichts mit den Rebellen zu tun habe, solle sich im Lumumba-Stadion einfinden. Nach Ablauf des Ultimatums wird geschossen - auf alles, was schwarz oder beweglich ist.

Die Menschenmassen im Stadion mußten die Rebellen in ihren Reihen denunzieren. Wessen Name fiel, stieg auf einen Tisch. Wenn die Menge schwieg, war er gerettet, wenn sie in die Hände klatschte, ein toter Mann....

Heute ist Stanleyville eine tote Stadt, von süßlichem Leichengeruch durchzogen. Die Straßen sind verödet, Häuser und Geschäfte stehen leer, bis auf die letzte Matratze, die letzte Konserve ausgeraubt. Was die Rebellen übrigließen, nahmen die Befreier.

Am gründlichsten plünderten die weißen Söldner. Mit Bazookas, Handgranaten und Dynamit sprengten sie die Tresore auf. Die Beute an Geld und Gold, an Devisen und Diamanten war so groß, daß sich einige Dutzend Landsknechte vor den Giftpfeilen, Scharfschützen und Straßenfallen der Rebellen vorzeitig absetzten. Als reiche Männer verließen sie den Kongo...

Über die Flughäfen von Stanleyville und Kamina fliegen weißgestrichene Flugzeuge ohne Kennzeichen neue Söldner heran. Ihr monatlicher Sold: über 3000 Mark - 260 englische Pfund Grundgehalt und 40 Pfund Gefahrenzulage..."

SECHSHUNDERT !

Wie die bürgerliche englische Nachrichtenagentur REUTER Mitte Jänner meldete, hat die Zahl der von den Söldnern Tschombes seit der amerikanisch-britisch-belgischen Fallschirmjägeraktion in Stanleyville hingerichteten kongolesischen Freiheitskämpfer r u n d 6 0 0 erreicht!



Auch das i n d o n e s i s c h e Volk wandte sich in leidenschaftlichen Protestkundgebungen gegen die imperialistische Aggression im Kongo. Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus einer Kundgebung in DJAKARTA

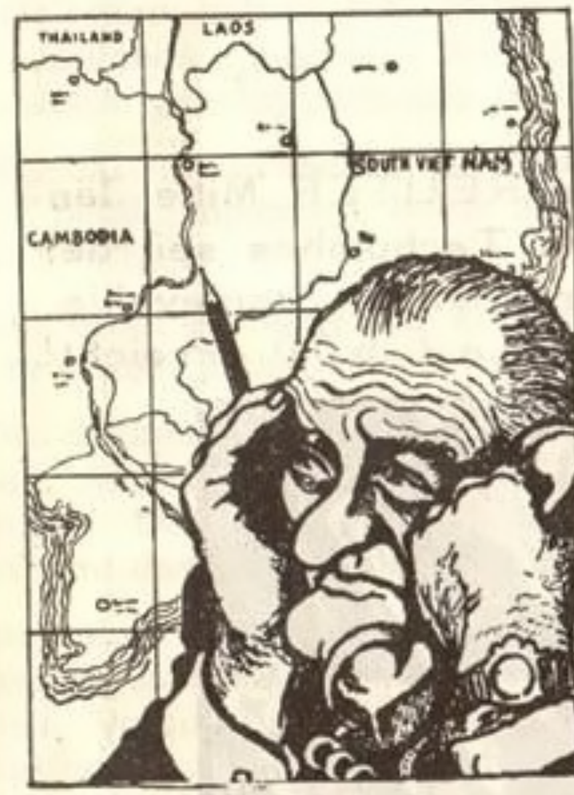
DIE SORGEN DER AMERIKANER IN SÜDVIETNAM

Der Korrespondent der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI in Südvietnam, R.C.Miller, kabelte kürzlich einen Situationsbericht aus Saigon nach Hause, der ahnen läßt, in welch unüberbrückbarem Gegensatz die US-Imperialisten und ihre Marionetten in Südvietnam zum vietnamesischen Volk stehen:

"Zu sehr häufen sich in letzter Zeit die Anzeichen dafür, daß teils durch Naivität, teils durch Instinktlosigkeit, teils durch Feigheit, teils durch offenen Ungehorsam und Sabotage Südvietnamesen und auch Amerikaner den Vietkong-Guerillas in die Hände arbeiten. Tagtäglich ereignen sich in der Hauptstadt Saigon und in den Dörfern des weitgestreckten Landes kleine Entgleisungen, Zwischenfälle und Unregelmäßigkeiten, durch die, gewollt oder ungewollt, die Vietkong immer breiteren Bevölkerungskreisen geradezu als 'Befreier' erscheinen müssen.

In einem Dorf bei Dalat schlägt eine wohlhabende Vietnamesin ihre Hausangestellte. Drei Nächte später erscheint in dem Dorf eine kleine Gruppe der Vietkong und zwingt die vornehme Dame, vor versammelten Dorfbewohnern niederzuknien und Abbitte zu leisten.

Ein Dorf im Bezirk Wuang Ngai wird von Vietkong für kurze Zeit besetzt. Sie requirieren von den Bauern neue Lebensmittelvorräte. Die paar Regierungssoldaten im Ort erbitten auf dem Funkweg Hilfe von der nächsten Garnison, um die Guerillas zu vertreiben. Statt sofort Truppen in die Ortschaft zu entsenden, läßt der Garnisonskommandeur das Dorf mit Artillerie beschießen...



Johnson: „Ich möchte unseren standhaften, treuen Bundesgenossen, den südvietnamesischen Regierungschef, sprechen, wer immer es heute sein mag..."
Haynie, „Louisville Courier-Journal" (USA)

Die Kampfesmüdigkeit der Regierungstruppen läßt sich auch an unzähligen anderen Beispielen verdeutlichen. Zwei Bataillone der südvietnamesischen Armee, insgesamt 1500 Mann, werden auf dem Marsch durch das Mekong-Delta plötzlich aus einem Hinterhalt von einem leichten MG beschossen. Die 1500 Mann werfen sich in den Straßengraben. Vergeblich brüllt der amerikanische Militärberater Befehle. Die Vietkong feuern immer wieder in kurzen Abständen. Mehrere Regierungssoldaten werden verletzt oder getötet. Erst als die Vietkong nach vier Stunden ihre Munition offensichtlich verschossen haben und sich zurückziehen, setzen sich die Bataillone wieder in Marsch..

In einem befestigten Vorposten auf einem Berg über dem Phouctal landet ein amerikanischer Hubschrauber. Zwei vietnamesische Sanitäter versuchen, eine Tragbahre, auf der eine kranke Frau liegt, in den Hubschrauber zu verladen. Ein amerikanischer Major stößt die beiden Männer rüde zurück und läßt statt dessen beschädigtes US-Material verladen...

Ein Hubschrauber bringt südvietnamesische Soldaten als Ablösung in einen belagerten Vorposten. Als der amerikanische Unteroffizier den Vietnamesen zum zweitenmal befiehlt, auszusteigen und ihre Kameraden abzulösen, die er zurückbringen soll, schütteln die Männer nur verneinend mit angsterfülltem Blick die Köpfe. Der großgewachsene Amerikaner zerrt einen Vietnamesen nach dem andern zum Ausstieg und befördert ihn mit einem Tritt hinaus. Die Abgelösten können einsteigen. Aber ob der Vorposten in einer Stunde noch vorhanden ist, ist natürlich mehr als fraglich.

Die Liste solcher Beispiele ließe sich beliebig verlängern..."

Herr R.C.Miller nennt solche sich serienweise ereignenden Vorfälle schamhaft "kleine Entgleisungen" und "Unregelmäßigkeiten", die man vermeiden sollte. Er meint, die Siegesaussichten der US-Imperialisten

würden steigen, wenn sie beim blutigen Krieg gegen das südvietnamesische Volk mehr Höflichkeit an den Tag legen würden. Doch es geht nicht um die Abschaffung schlechter Umgangsformen, sondern um die Beendigung des barbarischen Raubkrieges, den die USA gegen ein seine Freiheit liebendes Volk führt! Ebensowenig geht es um einen Mangel an Mut bei den südvietnamesischen Marionettentruppen der Amerikaner, sondern darum, daß die Bereitschaft auch der unaufgeklärtesten Südvietnamesen, sich zur höheren Ehre der amerikanischen Geldsäcke im Krieg gegen das eigene Volk hinschlachten zu lassen, täglich geringer wird. Eben das signalisiert die unverrückbare Tatsache, daß es für die US-Imperialisten nicht die kleinste Möglichkeit gibt, ihren verbrecherischen Krieg in Südvietnam zu gewinnen.

JUGOSLAWIEN NACH DEM 8. TITO-PARTEITAG

Nach dem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 5. Jänner 1965:

"IN DER SLOWENISCHEN LANDESHAUPTSTADT HERRSCHT WESTEUROPÄISCHES LEBEN."

Befriedigt nimmt die großbürgerliche NZZ das zur Kenntnis und sagt damit bereits das Wesentliche über den "Sozialismus" Titos.

"DAS NAHE ITALIEN, WOHIN TÄGLICH TAUSENDE VON GRENZGÄNGERN PILGERN, DIE ABENDS MIT WOHLGEFÜLLTEN TASCHEN ZURÜCKKEHREN, DRÜCKT DEM ÄUSSEREN LEBEN UND AUCH DEM LEBENSSTANDARD BIS ZU EINEM GEWISSEN GRAD DEN STEMPEL AUF. MAN WIRD IN WOHNUNGEN EINGELADEN, DIE MAN SICH GERNE AUCH IN EINER STADT WIE WIEN WÜNSCHEN WÜRDE."

Es ist ganz klar, welchen Schichten und Klassen diese Leute angehören, die einen solchen unverhüllten Schmuggel betreiben und wer in den Luxuswohnungen sitzt, die sich die NZZ auch in Wien wünschen würde. Warum gehen denn hunderttausende jugoslawische Arbeiter in die Fremde, lassen Frauen und Kinder allein, um das Lebensnotwendigste verdienen zu können, wenn es zuhause ohnedies so gut ist?

"DIE LEUTE VERDIENEN GUT, DIE GESPRÄCHE DREHEN SICH UM DAS AUTO UND UM DAS SOMMERHAUS AM MEER."

Diese Tito-Propaganda muß sogar Friedl Fürnberg vor Neid erblassen lassen. Dieser Wohlstand ist sogar ihm entgangen. Oder ist es am Ende nur eine dünne Oberschicht von neuen Kapitalisten und Ausbeutern, die vom Auto und von der Villa am Meer reden, während das Volk von den niedrigen Löhnen und von der Teuerung spricht, die diese Löhne noch weiter entwertet?

"BEREITS TAUCHEN IN DIESER KOMMUNISTISCHEN WOHLSTANDSGESELLSCHAFT PROBLEME AUF, DIE MAN SONST NUR SEHR VIEL WEITER WESTLICH TRIFFT: DER GEBURTENÜBERSCHUSS IST BEÄNGSTIGEND KLEIN GEWORDEN; MAN KLAGT ÜBER ZU GERINGE ZUWENDUNGEN AN SCHULEN UND KULTURELLE INSTITUTIONEN."

In der Tat ist das für ein "sozialistisches" Land ein "neues" Problem. Daß dieselben Leute, die soviel Vorliebe für Sommerhäuser am Meer haben, so wenig Interesse für Schulen und kulturelle Einrichtungen aufbringen!

"DA HERRSCHT BIS IN DIE HÖCHSTEN PARTEISPITZEN HINAUF EINE ATMOSPHÄRE DER FREIEN, REALISTISCHEN DISKUSSION, DA GIBT ES VOM REGIME SELBST UNTERHALTENE PRESSE-ORGANE, DIE IM SINNE EINER 'OPPOSITION IHRER MAJESTÄT' TÄTIG SIND."

Unklar bleibt bloß, warum angesichts einer solchen freien Atmosphäre der Diskussion soviele ehrliche Kommunisten in den Gefängnissen Titos sitzen, und warum man aus

dem sogenannten "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" über 100.000 oppositionelle Kommunisten ausgeschlossen hat, wenn man andererseits die "Opposition" sogar finanziert. Oder ist "freie Diskussion" und "Opposition" etwa nur in einer bestimmten, nämlich in der kapitalistischen Richtung erlaubt?

IN JUGOSLAWIEN "BLICKT MAN EINDEUTIG NACH WESTEN, NICHT EINMAL MEHR NACH WIEN, SONDERN DIREKT NACH FRANKREICH, ENGLAND UND AMERIKA."

Man kann den Tito-Leuten Konsequenz offenbar nicht absprechen. Wenn schon, denn schon; nur keine Halbheiten. Es wundert uns nicht, wenn sich die "Neue Zürcher Zeitung" über diese Konsequenz begeistert. Sind aber dafür ungezählte Kommunisten und Patrioten Jugoslawiens gefallen?

Wie gebannt verfolgt die internationale Bourgeoisie das jugoslawische "Experiment", wie man ein ehemals sozialistisches Land auch ohne bewaffnete Konterrevolution, nur durch Betrug, Irreführung, Bestechung und kapitalistische Unterwanderung wieder zurück zum Kapitalismus führen kann. Und die modernen Revisionisten, auch in der KPÖ, stehen dabei und begeistern sich ebenfalls. Welche Schande!

DIE "PRESSE" - SEHR SCHLECHT INFORMIERT

Die Wiener Zeitung "Presse" sonnt sich gerne im Ruf der solidesten und bestinformierten Zeitung Österreichs und es soll Leute geben, die ihr - bescheiden geworden angesichts des entsetzlichen Provinzialismus der anderen österreichischen Zeitungen - sogar eine Art von internationalem Format andichten.

Wie unrecht sie haben! Abgesehen von der reaktionären Tendenz, die einem bei einer großbürgerlichen Zeitung nicht weiter überrascht, ist es leider auch mit ihrer "Informiertheit" und "Solidität" nicht weit her. Zur Illustration dieser Feststellung mögen 3 Beispiele aus zwei knapp aufeinanderfolgenden Nummern der "Presse" dienen:

a) Die Beteiligung an der Tagung der Warschau-Pakt-Staaten

Alfons Dalma, der Leitartikler der "Presse" vom 19.1.1965, kommentierte die jüngste Tagung von Mitgliedern des Warschauer Paktes mit den Worten:

"Alle Führer der Parteien und Chefs der Regierungen sind erschienen. Dem kommt besondere Bedeutung zu... kommt die Vollzähligkeit der Tagungsteilnehmer schon fast einem Erfolg Moskaus gleich."

Das Argument der "Presse" stimmt ebenso wie ihre übrigen. An der zitierten Tagung haben nämlich eben nicht alle Mitglieder teilgenommen. Nicht teilgenommen hat die Volksrepublik Albanien, die Vollmitglied des Paktes ist, und nicht teilgenommen hat auch die Volksrepublik China, die zu den Tagungen normalerweise Beobachter entsendet. Die "Vollzähligkeit", die Herrn Dalma zu einem langen Leitartikel inspirierte, existierte also bloß in seiner Phantasie.

b) Der Parteiausschluß des holländischen Genossen Bischot

Ebenfalls am 19.1.1965 berichtete die "Presse" ihren Lesern, der Funktionär der KP Hollands, Bischot, sei aus der Partei ausgestoßen worden, weil er "in Opposition zur pekingfreundlichen Linie des Parteisekretärs Paul de Groot stand". Erst umgekehrt wird aus diesem Stiefel ein Schuh. Genosse Bischot wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er einer jener holländischen Marxisten-Leninisten ist, die den Kampf gegen den Revisionismus de Groots und anderer Parteiführer aufgenommen haben. Es ist in Holland nicht anders als in Österreich: Die Revisionisten reden zwar unaufhörlich von "Auflockerung", "Demokratisierung" usw., aber maßregeln sofort jeden, der sich seinen revolutionären Standpunkt bewahrt hat. Warum aber stellt die "Presse" diesen einfachen Sachverhalt auf den Kopf? Welchen Leuten will sie mit ihrer Lüge helfen?

c) Die Parteischule der KPÖ in Mauerbach

Am 21.1.1965 warf Wolfgang Oberleitner in der "Presse" einen tiefen "Blick hinter die Fassaden der KPÖ", wobei er sich vier Zeitungsspalten lang über die Mauerbacher Parteischule, ihre Referenten und ihr angebliches Studienprogramm ausließ.

Die hier zustandegekommene Versammlung von "Grubenhunden" ist sogar für die "Presse" ein seltener Rekord. Jeder Mauerbacher Schwammerlsucher hätte Herrn Oberleitner solidere Auskünfte geben können als derjenige, der ihm ein so lächerliches "Material" geliefert hat. Allerdings - in diesem Fall ist der Zweck der Lügen mit dem Stock zu greifen: die "Presse" will den Anschein erwecken, der Revisionismus der Führer der KPÖ sei bloß ein taktischer "Schmäh", hinter dem sich die unveränderte revolutionäre Gesinnung weiter erhalten hat und weiter gepflegt werde. Wie jammerschade, daß Herr Oberleitner nicht recht hat und sein Geschreibsel nur eine Abwandlung des Tricks mit der "Roten Katze" ist, mit der die Bourgeoisie heute nicht nur die SP, sondern auch die revisionistische KPÖ-Führung immer noch weiter nach rechts zu drängen sucht.

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

Die Ausschlüsse in Steyr

DER AUSSCHLUSS DER GENOSSEN HEINZ UND MITZI NIGL

Am 12. November 1964 fand in der Sektion der Steyrer Parteiorganisation der KPÖ, in der Genosse Heinz Nigl Sektionsobmann und Genossin Mitzi Nigl Kassierin ist - auch nach der Maßregelung des Genossen Heinz Nigl als BL-Mitglied und der Genossin Nigl als Mitglied der Landesleitung Oberösterreich der KPÖ waren ihnen diese Funktionen geblieben - eine "Mitgliederversammlung" statt, von der man nicht wußte, wer sie beschlossen und einberufen hatte. Da die Mehrheit der Sektionsleitung von dieser Mitgliederversammlung erst knapp vorher erfuhr, die Mitglieder der Bezirksleitung es aber vorzogen, über die Einberufer dieser Versammlung zu schweigen, muß man die Einberufung dieser merkwürdigen Versammlung auf das Konto "unbekannter Täter" setzen. Das überaus schlechte Gewissen der "Veranstalter" war schon aus der anonymen Einladung erkennbar, die nur an gewisse Mitglieder verteilt wurde und folgendes Aussehen hatte:

KOMMUNISTISCHE PATEI ÖSTERREICHS

Sektionsleitung — Steyr, am 9.Nov.1964

EINLADUNG

Wir laden Dich hiermit ein, zu der am DONNERSTAG, den 12. November 1964 um 20 Uhr im Parteiheim-Johannesgasse 16 stattfindenden

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Es spricht: Genosse Gustl Mascher

Da es sich um eine wichtige Versammlung handelt, wirst Du gebeten bestimmt und pünktlich zu kommen.

Mit Parteigruß

f.d.

Sektionsleitung

Man beachte: Sowohl die Frage, um welche Sektion von Steyr es sich handelte, als auch die Frage, wer da eigentlich "f. d. Sektionsleitung" sprach, blieb ebenso unausgesprochen wie die beabsichtigte Tagesordnung dieser "wichtigen Versammlung". Heimlich, still und leise, wie die Diebe in der Nacht, handelten die Musterdemokraten und "Wiederentdecker der Leninschen Normen" von Moser bis Mascher.

Auf der solcherart zustandegekommenen Versammlung teilte dann das ZK-Mitglied Moser den Anwesenden mit Amtsmiene mit, daß die Bezirksleitung gegen den Sektionsobmann Heinz Nigl und gegen die Sektionskassierin das Ausschlußverfahren wegen fraktionistischer Tätigkeit beschlossen habe. Laut Parteistatut genüge es, der Mitgliederversammlung der Grundorganisation diesen Beschluß einfach mitzuteilen. Die Ausgeschlossenen aber hätten am 16. November um 20 Uhr die Möglichkeit, der Bezirksleitung mitzuteilen, daß sie mit der "Strobl-Gruppe" gebrochen hätten, womit sie den Ausschluß noch abwenden könnten.

In seiner Erwiderung stellte Genosse Heinz Nigl naturgemäß zuerst die Frage, wer denn eigentlich die stattfindende Versammlung beschlossen und einberufen habe. Er stellte fest, daß von den fünf Mitgliedern der Sektionsleitung vier überhaupt nicht gefragt worden waren, sondern offenbar ein einziges Mitglied (Moser!) völlig willkürlich und selbstherrlich gehandelt habe, was einen frechen Bruch aller demokratischen Grundsätze und Regeln bedeutet. Seinem Protest schlossen sich die Sektionsleitungsmitglieder Mitzi Nigl, Schörghuber und Burgholzer vollinhaltlich an, sodaß Moser allein blieb. Genosse Burgholzer war über die zynische Frechheit, mit der Moser die gewählte Sektionsleitung einfach beiseitegeschoben hatte, so empört, daß er kaum zu beruhigen war.

Auch die Feststellung des Genossen Nigl, daß es sich bei der stattfindenden Versammlung auch insoferne nicht um die Mitgliederversammlung seiner Grundorganisation handle, da eine Reihe von Mitgliedern dieser Organisation nachweislich nicht eingeladen worden waren, sich unter den Anwesenden andererseits aber Mitglieder aus drei verschiedenen Sektionen befanden, die nach zweifelhaften Gesichtspunkten ausgewählt worden waren, konnte nicht widerlegt werden.

Als Moser, sekundiert von Tremel, sich über alle diese Argumente hinwegsetzte, verloren mehrere Genossen die Geduld und begannen die Versammlung zu verlassen, die sich nun in einem Tumult auflöste.

Gemäß der an sie ergangenen Aufforderung fanden sich die Genossen Heinz und Mitzi Nigl am 16.11. auf der Bezirksleitung ein, um dort eine Erklärung über ihre Stellung zur "Roten Fahne" abzugeben.

DIE ERKLÄRUNG DER GENOSSIN MITZI NIGL LAUTETE:

"Genossen! Wir wurden Donnerstag aufgefordert, uns bis heute alles gut zu überlegen. Trotz der entschiedenen Antwort, die wir schon am Donnerstag gegeben haben, haben wir das getan und alles nocheinmal gründlich überdacht.

Ein Ausschluß aus der Partei ist für einen Genossen, der mit dieser Partei und mit den Ideen des Kommunismus mehr als sein halbes Leben lang verbunden ist, keine Kleinigkeit. Alle die Genossen, die wie wir auch in der Illegalität für die kommunistische Idee gearbeitet und gekämpft haben, wissen, was man damit aufs Spiel gesetzt hat. Wir haben nicht danach gefragt.

Jetzt wirft man uns fraktionistische Tätigkeit vor und behauptet, wir hätten die Grundsätze der Partei verletzt. Es gibt in der Partei tatsächlich parteifeindliche Fraktionen und Leute, die gegen die Grundsätze einer marxistisch-leninistischen Partei verstoßen. Das sind aber nicht wir, sondern jene, die uns wegen unserer unveränderten kommunistischen Gesinnung aus der Partei drängen wollen!

Wir werden beschuldigt, die ROTE FAHNE zu verbreiten. Wir haben das auch früher getan. Da diese Zeitung fest auf dem Boden des Marxismus steht, sehen wir in ihrer Verbreitung nichts, was einer marxistisch-leninistischen Partei unerwünscht sein könnte.

Genossen! In den langen Jahren unserer Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei haben wir immer wieder gelernt: Die politische und moralische Reinheit muß ein Grundgesetz der Partei neuen Typs sein. In dieser Beziehung ist größte Wachsamkeit notwendig!

UND WIR SIND WACHSAM! Wir bleiben auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Wir werden ihn nie verlassen und immer und überall verteidigen - gegen alle seine Feinde, auch wenn sie sich als Freunde ausgeben.

Ich erblicke in einer solchen Haltung keinerlei Verletzung kommunistischer Statuten oder Grundsätze und protestiere darum gegen den Versuch, mich aus der Partei auszuschließen.

In den Beschlüssen des 18. Parteitags der KPÖ wird unter anderem auch aus der Erklärung der Konferenz der 81 kommunistischen und Arbeiter-Parteien vom November 1960 zitiert:

'Die Interessen des Kampfes für die Sache der Arbeiterklasse erfordern den immer engeren Zusammenschluß der Reihen jeder Kommunistischen Partei und des großen Heeres der Kommunisten aller Länder, die Einheit ihres Willens und ihres Handelns.'

Diesem großen Ziel, das man nur verwirklichen kann, wenn man den Revisionismus schlägt, galt und gilt auch in Zukunft unser Kampf."

GENOSSE HEINZ NIGL GAB DIE FOLGENDE ERKLÄRUNG AB:

"Bevor ich meine Einwände gegen den vorliegenden Ausschlußantrag vorbringe, möchte ich einige Fragen stellen: Hat jedes Mitglied unserer Partei das Recht, vom Zentralkomitee wahre und allseitige Information zu erhalten? Wenn ja, ist das Zentralkomitee dieser marxistischen Aufgabe nachgekommen? Hat jedes Mitglied der Partei das Recht und die Pflicht, für wahre und allseitige Information seiner Mitkämpfer zu sorgen?

Die Antwort auf diese Fragen erklärt, warum ich die "Rote Fahne" unterstütze!

Ich möchte nicht wiederholen, was meine Frau schon gesagt hat. Alles das gilt auch für mich. Wir haben unsere Haltung lange und gründlich überlegt und sind zu der Überzeugung gekommen, daß wir als Kommunisten garnicht anders handeln können.

Die traurige Lage in unseren Parteiorganisationen ist nicht unsere Schuld, nicht die Schuld der Genossen, die treu zum Marxismus-Leninismus stehen. Die volle Verantwortung für diese Lage trägt die Parteiführung, die vom Marxismus-Leninismus und vom proletarischen Internationalismus abgewichen ist, die Genossen nur mehr einseitig informiert hat und dem Kommunismus somit schweren Schaden zufügte.

Wer hat die 'Rote Fahne', die wir verbreiten, schon zu fürchten? Wem kann die Pflege der revolutionären Ideen und Traditionen schon unangenehm sein? Nur den Kapitalisten und den Revisionisten!

In Steyr läuft gegenwärtig eine Unterschriftensammlung. Sehr viele Genossen haben schon unterschrieben. Sie haben unterschrieben nicht für einzelne Personen, sondern für die Einheit unserer Steyrer Parteiorganisation, die vor der großen Gefahr steht, durch willkürliche Ausschlüsse zerschlagen zu werden!

Weder wir noch die Genossen, die da unterschreiben, sind Fraktionisten, Parteifeinde oder Spalter, sondern Marxisten, die ihre Pflicht erfüllen. Diese Pflicht besteht darin, als bewußte Kommunisten die Grundsätze des Marxismus-Leninismus gegen alle Verfälschungen zu verteidigen und über die politische und moralische Reinheit in der Partei zu wachen. Gerade in Steyr herrschen hier die unglaublichsten Zustände.

Schon jetzt haben an die 90 Mitglieder der Steyrer Parteiorganisation einen Protest gegen alle Ausschlüsse unterschrieben. Will man sich leichtfertig über die Meinung dieser 90 bewußten Kommunisten hinwegsetzen? Tut man es, so bin ich sicher, daß diese über die Köpfe der Mitglieder hinweg diktierten Ausschlüsse nur vorübergehend sein werden. Was mich betrifft, werde ich jedenfalls immer für die gerechte Sache des Kommunismus kämpfen."

IM LICHT DES WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Die Rohstoffabhängigkeit der imperialistischen Mächte

Für die nachstehend abgedruckte hochinteressante Studie des chinesischen Ökonomen HSUEH MOU HUNG, die uns von "China Features" zur Verfügung gestellt wurde, hat die "Rote Fahne" das Copy-Right für Österreich. Wir empfehlen die Arbeit unseren Lesern und Diskussionszirkeln zum aufmerksamen Studium.

Im Zeitalter des Monopolkapitalismus nimmt die Abhängigkeit der imperialistischen Länder von anderen Ländern in bezug auf Rohstoffe zu. Asien, Afrika und Lateinamerika spielen bei der Deckung dieses Bedarfs eine wichtige Rolle.

In seinem Buch "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" weist Lenin darauf hin: "Je mehr der Kapitalismus sich entwickelt, desto schärfer macht sich die Knappheit an Rohstoffen bemerkbar, desto mehr intensiviert sich das Wetteifern und die Jagd nach Rohstoffquellen in aller Welt.." Lenin unterstreicht, daß das Plündern von Rohstoffen eines der grundlegenden Motive der kolonialen Aggressionen der Imperialisten ist.

Die modernen Revisionisten jedoch tun so, als habe sich die imperialistische Tendenz zur kolonialen Ausplünderung und Aggression geändert und als wäre sie für die imperialistischen Mächte zur Vermehrung ihres Reichtums nicht mehr notwendig. Im Bestreben, die imperialistische Politik der Beraubung anderer Länder zu bagatellisieren, gehen sie über die klaren Schlußfolgerungen Lenins hinweg.

WAS VERURSACHT DIE ABHÄNGIGKEIT DER IMPERIALISTISCHEN LÄNDER VON DEN ROHSTOFFEN AUS ÜBERSEE ?

Einige Leute meinen, daß die imperialistischen Länder dank des Fortschritts von Wissenschaft und Technik, des Wachstums der Produktivkräfte und der Entwicklung synthetischer Rohstoffe weniger abhängig von fremden Rohstoffquellen geworden seien. Ist das richtig ?

Der wissenschaftliche und technische Fortschritt und die Entwicklung der Produktivkräfte haben es den industriell entwickelten Ländern ermöglicht, den durchschnittlichen Rohstoffverbrauch pro produzierter Einheit zu senken. Aber die Ausdehnung der Produktion in ihrer Gesamtheit saugt die Rohstoffe dieser Länder auf, insbesondere die mineralischen Produkte, welche die moderne Schwerindustrie in wachsendem Maße braucht.

Nehmen wir den Gesamtverbrauch an bestimmten wichtigen Nicht-Eisen-Metallen der sechs größten imperialistischen oder kapitalistischen Mächte; der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens und Japans. In den neun Jahren von 1953 bis 1962 stieg ihr Verbrauch an

Aluminium um	73 Prozent
Kupfer um	48 Prozent
Zink um	35 Prozent
Blei um	26 Prozent
Zinn um	23 Prozent

Ihr Gesamtverbrauch an den hauptsächlichsten Erdölprodukten wuchs zwischen 1957 und 1962 um 34 Prozent.

Ein Teil dieser Rohstoffe wurde von diesen Ländern selbst produziert, aber ein anderer Teil mußte eingeführt werden. Der Verbrauch lag weit über der einheimischen Produktion.

In zwei Untersuchungsberichten, die 1959 bzw. 1961 veröffentlicht wurden, gab der US-Kongreß zu, daß "die Abhängigkeit des industriellen Systems der USA von fremden Rohstoffen, insbesondere Erdöl, Erzen und Metallen, zunimmt. . . sich bei einigen dieser Produkte der Nettoexport der Vereinigten Staaten in einen Nettoimport verwandelt hat", und daß "sogar in den Vereinigten Staaten, die mit Mineralien im allgemeinen gut versehen sind, die inländische Erzeugung nicht länger genügt, um dem Bedarf zu entsprechen und die Lücke zwischen Verbrauch und Eigenproduktion größer wird".

Die jährliche Erdölausbeute in den Vereinigten Staaten hat sich zwischen 1940 und 1962 fast verdoppelt und stieg von 1.353 Millionen Barrels auf 2.676 Millionen Barrels. Die Vereinigten Staaten exportierten 1940 acht Millionen Barrels. 1962 jedoch mußten sie bereits 409 Millionen Barrels einführen.

Die Vereinigten Staaten haben früher das gesamte Eisenerz, das sie benötigten, selbst produziert. Aber höherer Verbrauch und eine Abnahme der Eigenproduktion führten 1940 zu Importen von 2,84 Millionen Tonnen Eisenerz, die dann bis zum Jahre 1962 auf 33,41 Millionen Tonnen anwuchsen. Im Jahre 1940 erzeugten die Vereinigten Staaten noch 97 Prozent des verarbeiteten Eisenerzes selbst, im Jahre 1962 aber nur mehr 68 Prozent. (Bei gewissen Mineralien, wie z.Bsp. Kupfer, ist der Anteil der Selbstversorgung in den USA in den letzten Jahren gestiegen; aber das sind seltene Ausnahmefälle.)

Zwischen 1952 und 1961 wuchs in Großbritannien die Lücke zwischen Eigenproduktion und Verbrauch bei Eisenerz von 9,7 Millionen Tonnen auf 14,7 Millionen Tonnen, bei Rohaluminium von 190.000 Tonnen auf 250.000 Tonnen, bei Kupfer von 200.000 Tonnen auf 290.000 Tonnen, bei Zinkplatten von 100.000 Tonnen auf 160.000 Tonnen, bei raffiniertem Blei von 110.000 auf 180.000 Tonnen, bei Rohwolle von 318 Millionen Pfund auf 405 Millionen Pfund, usw. Das ergab eine entsprechende Erhöhung der Einfuhren dieser Rohstoffe.

Die Nachfrage nach vielen anderen Rohstoffen sowie nach seltenen Metallen, die in der modernen Industrie immer wichtiger werden, ist gestiegen und die imperialistischen Länder können ihren Bedarf daran nicht selbst decken.

Die Entwicklung von Kunststoffen hat es den Ländern mit entwickelter Industrie zwar ermöglicht, von ihrer eigenen chemischen Industrie Ersatz für bestimmte importierte Rohstoffe zu erhalten. Jedoch gibt es noch zu wenig solche Kunststoffe und die Anwendungsmöglichkeiten von Ersatz sind beschränkt. Für bestimmte Arten von hochrangigen Gummi-Erzeugnissen ist z.Bsp. weiter Naturgummi notwendig. In den Vereinigten Staaten, wo sich die Industrie synthetischen Gummis schnell entwickelt und Naturgummi nicht produziert wird, blieb der Verbrauch an Naturgummi seit 1951 dennoch über 400.000 Tonnen jährlich. Der Gesamtimport Nordamerikas, Westeuropas und Japans an Naturgummi übertraf 1961 den Gesamtimport im Zeitraum von 1948 bis 1950. Die Situation bei Baumwolle ist ähnlich.

MEHR ROHSTOFFEINFUHREN UND WENIGER SELBSTVERSORGUNG

Ohne Ausnahme haben die hauptsächlichsten imperialistischen oder kapitalistischen Länder in den letzten Jahren wachsende Mengen von Rohstoffen eingeführt. Das bestätigen die offiziellen Statistiken, die diese Länder bekanntgaben.

Nimmt man den durchschnittlichen jährlichen Import unbearbeiteter Rohstoffe durch die Vereinigten Staaten zwischen 1946 und 1950 mit 100 an, so lauten die entsprechenden Zahlen für 1951-1955 109, für 1956-1960 132 und für 1962 137. Ebenso stieg der Import der teilweise bearbeiteten Rohstoffe gegenüber den Jahren 1946-1950 auf

138 Prozent in den Jahren 1951-1955, auf 158 Prozent in den Jahren 1956-1960 und auf 195 Prozent im Jahre 1962 an.

Nimmt man die Menge der von Großbritannien 1947 importierten Rohstoffe mit 100 an, so betrug der Import von unbearbeiteten Rohstoffen im Jahre 1961 bereits 121, von Nicht-Eisen-Metallen 166 und von Brennstoffen 341.

Frankreich, Westdeutschland und Japan entwickelten in den letzten Jahren ihre Wirtschaft schneller als die Vereinigten Staaten und Großbritannien. In Übereinstimmung damit stiegen auch ihre Rohstoff-Einfuhren in größerem Maße an.

In welchem Ausmaß hängen die imperialistischen Länder von der Rohstoff-Einfuhr ab ?

Nach einem Bericht, der Anfang 1963 vom US-Handelsministerium veröffentlicht wurde, waren die Vereinigten Staaten 1961 bei 84 Arten eingeführter Rohstoffe mit 80 bis 100 Prozent ihres Bedarfes von fremden Ländern abhängig, bei 22 anderen Arten mit 50 bis 80 Prozent und bei noch weiteren 43 Arten mit 10 bis 50 Prozent.

Ein Vergleich zwischen der Lage von 1951 und jener der Jahre 1937-1938 zeigt, daß die Wirtschaft der Vereinigten Staaten mehr und mehr von Rohstoff-Importen abhängt.

Die folgende Tabelle zeigt diese steigende Abhängigkeit der USA von Rohstoff-Einfuhren in Prozentsätzen:

	1937-39 (Durchschnitt)	1961
Erdöl	0,0	20,7
Bauxit	53,0	76,9
Eisenerz	2,8	26,3
Blei	0,2	59,4
Zink	6,3	50,8

Somit ist klar, daß die imperialistischen Länder heute in zunehmendem Maß von fremden Rohstoffquellen abhängen. Dies ist einer der Hauptgründe, weshalb die imperialistischen Mächte untereinander so um die überseeischen Rohstoffe wetteifern.

WOHER NIMMT DER IMPERIALISMUS ROHSTOFFE ?

Es ist allgemein bekannt, daß alle asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder (mit Ausnahme Japans) im kapitalistischen Wirtschaftssystem lange Zeit Rohstoff-Exporteure gewesen sind. Diese Länder produzieren in der kapitalistischen Welt fast die gesamten tropischen landwirtschaftlichen Rohstoffe und seltenen Metalle.

Die Löhne der Bergarbeiter und der landwirtschaftlichen Arbeiter dieser Länder betragen nur Bruchteile, oft sogar nur winzige Bruchteile der Löhne ihrer Klassengenossen in den imperialistischen Ländern. Nach den Angaben des Internationalen Arbeits-Jahrbuches 1961 verdient zum Beispiel der südkoreanische Kohlenbergarbeiter in einem Monat den Gegenwert des Stundenlohns eines amerikanischen Bergarbeiters.

Die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder produzieren ungeheure Mengen billiger Rohstoffe, insbesondere Mineralien, für die Ausfuhr. Gummi, Palmöl, Kokosnußöl, Hanf und andere tropische Rohstoffe kommen ausschließlich aus diesen Gebieten. Dieser Zustand wird für lange Zeit weiter bestehen bleiben, da die natürlichen Bedingungen nicht geändert werden können.

Aber dieses Verhältnis besteht auch bei anderen landwirtschaftlichen Rohstoffen. Der Anteil der von asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern produzierten Baumwolle an der Brutto-Ausbeute in der kapitalistischen Welt stieg von durchschnittlich 45,6 Prozent zwischen 1949 und 1953 auf 53,6 Prozent im Jahre 1962. Auch im Baumwollexport der kapitalistischen Welt stieg der Anteil dieser Länder.

Die Bergwerke der hauptsächlichsten imperialistischen Länder sind lange Zeit hindurch ausgebeutet worden. In den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern

jedoch ist man noch weit davon entfernt, die unterirdischen Hilfsquellen herangezogen zu haben und die Bergwerke stehen vor einer Blüte.

Die folgende Tabelle zeigt die Prozentsätze, zu denen diese Länder zur Mineralausbeute der kapitalistischen Welt beitragen:

	1949	1961
Erdöl	40,0	57,1
Bauxit	66,3	72,6
Kupfererz	47,0	52,0
Zinkerz	23,0	30,0
Bleierz	31,3	35,2
Zinnerz	97,0	95,0
Chromerz	92,7	91,0
Eisenerz	8,3	23,3
Manganerz	90,0	90,0
Niob- u. Tantalerz	90,0	90,0
Kobalterz	-	70,0
Diamanten	100,0	100,0

Die Masse dieser Mineralprodukte der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder wird ausgeführt - entweder als Rohstoffe oder als teilweise bearbeitete Materialien oder als hochwertige Brennstoffe. Andererseits sind die mineralischen Produkte der Länder mit entwickelter Industrie, speziell der imperialistischen Großmächte, fast ausschließlich für den Eigenbedarf bestimmt.

Die folgende Tabelle zeigt für die wichtigsten mineralischen Produkte den Anteil, den die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder im Jahre 1961 produziert und ausgeführt haben:

	Prozentsatz der Gesamtausbeute	Prozentsatz der Gesamtausfuhr
	(der kapitalistischen Welt)	
Erdöl	57,1	97,6
Bauxit	72,6	85,8
Eisenerz	23,3	48,4
Manganerz	90,0	97,2

Die nächste Tabelle zeigt den Anteil der Einfuhren aus asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern an der Gesamteinfuhr der Vereinigten Staaten bei gewissen landwirtschaftlichen und mineralischen Produkten im Jahre 1962:

Gummi, Palmöl und Kokosnußöl	100 %
Pflanzliche Ölsamen	84 %
Wolle	43 %
Häute	52 %
Bauxit, Mangan-, Zinnerz, Salpeter	100 %
Eisenerz	47 %
Kupfererz	58 %
Zinkerz	67 %
Bleierz	62 %
Chromerz	96 %
Tungstenerz	66 %
Schwefel	57 %
Erdöl	82 %

Auch in den Einfuhren anderer imperialistischer Mächte nehmen die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder einen hervorragenden Platz ein.

Seitdem die größten kapitalistischen Länder in eine so große Abhängigkeit von den "Rohstoff-Exporteuren" geraten sind, versucht jedes von ihnen, soviel Rohstoffe wie möglich aus Asien, Afrika und Lateinamerika zusam-

menzuraffen. Jedes verfolgt dabei nicht nur das Ziel, seinen eigenen Bedarf zu decken, sondern auch das, die konkurrierende Macht der anderen zu schwächen, indem es die größten Mengen von Rohstoffen an sich reißt, sowie das Ziel, sich den Löwenanteil an den fabelhaften Profiten zu sichern, die der Handel mit diesen Rohmaterialien und ihre Produktion ermöglicht.

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Westdeutschland und Japan importierten 1962 aus den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern mehr als 240 Millionen Tonnen Erdöl, das sind durchschnittlich 600.000 Tonnen Erdöl täglich. Nach Angaben der USA-Regierung erzielten die Vereinigten Staaten allein 1962 aus ihren Ölanlagen in Asien, Afrika und Lateinamerika Profite von 1.477 Millionen Dollar.

Gewisse Imperialisten versuchen, die Ausplünderung der natürlichen Hilfsquellen dieser Länder und die Ausbeutung ihrer Bevölkerung als "Hilfe" für diese Länder auszugeben. Beharrlich behaupten sie, daß ihre Kapitalanlagen und Erschließungsarbeiten den Zweck haben, die mineralischen Hilfsquellen dieser Länder nicht brachliegen zu lassen und einer großen Anzahl arbeitender Menschen Beschäftigung zu geben. Das heißt die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Tatsächlich ist es so, daß die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten, wenn sie sich auf ihre eigenen Kräfte, auf ihre fleißigen Völker und auf ihre reichen Hilfsquellen stützen, am raschesten imstande sein werden, ihre eigenen Industrien aufzubauen.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz Strobl, Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101